blätter des iz3w

nr. 16 mai 72

Herausgeber: Informationszentrum Dritte Welt
D-78 Freiburg Lorettostr. 20 a Tel 71028 App 29

Zusammengestellt und herausgegeben von: F. Arnold, S. Bartels, G. Cremer E.H. Flammer, H.-C. Flemming, J. Geue, F. Hemmerich, E. Knörich, H. H. Pöttker, P. Riedesser, B. Sandbothe, G. Stingl, L. Teubner. Konten: Bank für Gemeinwirtschaft Freiburg Nr. 1.022.623.3; Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239; SCHWEIZ: G. Stingl, Aktion Dritte Welt Freiburg i.Br., Postscheckkonto Basel 40 - 35899. Jahresabonnementpreis bei mindestens 10 Nummern incl. Porto und Beilagen: DM 15,-

FÖRDERKREIS des iz3w wozu?

Zu unserer Detailplanung für die nächste Zeit gehören u.a.:

- die Veröffentlichung von zwei Büchern und mehreren Broschüren,
- Vorbereitung und Durchführung des Portugaltribunals,
- die Teilnahme an weiteren Hauptversammlungs-Aktionen,
- die Verstärkung der materiellen Hilfe für die Befreiungsbewegungen,
- die Verbesserung der Koordination unter den Dritte-Welt-Gruppen,
- die Anpassung unseres Apparates an die wachsenden Aufgaben.

Diese Arbeit wird im Wesentlichen durch Spenden ermöglicht, die allerdings nur sporadisch eintreffen und deren Beschaffung zusätzliche Arbeitsbelastung verursacht. Unsere Organisation hat inzwischen eine Größe erreicht, die es nicht mehr erlaubt, von zufälligen Spenden und Zuschüssen staatlicher und kirchlicher Institutionen abhängig zu sein.

Um Unabhängigkeit und Kontinuität des Informationszentrums Dritte Welt zu gewährleisten und neben den schon jetzt laufenden großen Projekten und Ausgaben eine langfristige Planung zu ermöglichen, bitten wir alle, denen an der Fortführung und Ausweitung unserer Arbeit gelegen ist, um ihre aktive Solidarität durch den Beitritt zum

Förderkreis des Informationszentrums Dritte Welt.

Nur einplanbare Beiträge werden unsere Unabhängigkeit und eine freizügige Planung garantieren können. Wir appellieren besonders an Mitarbeiter und Sympathisanten politischer Gruppen, die an eigenem zeitlichem Einsatz für Dritte-Welt-Arbeit verhindert sind, die aber durch ihren finanziellen Beitrag in Höhe von 1 bis 3% ihres Monatseinkommens oder mindestens 5,- DM monatlich die Weiterführung unserer Arbeit ermöglichen wollen.

Zur Sache

Portugaltribunal

In dieser Nummer finden Sie den Aufruf zum Portugaltribunal, sein Inhalt ist Vermittlungsziel der Kampagne, die bis zum 28. Oktober das Portugaltribunal vorbereiten soll, an dem die Befreiungsbewegungen ihr Interesse bekundet haben und (bei Sicherstellung der Organisation) teilnehmen werden. Das Vermittlungsziel kann nur erreicht werden, wenn die Kampagne von zahlreichen Gruppen in der BRD unterstützt wird, die die Arbeit an der Basis führen.

Gruppen, die zu einer solchen Unterstützung bereit sind, schicken wir gerne den Gruppenrundbrief zu, der die Koordination der beim Tribunal beteiligten Gruppen leisten soll. Diese Koordination ist von zu speziellem Interesse, als daß wir es für sinnvoll hielten, sie in den iz3w-blättern zu leisten.

Wir bitten um weitere Unterschriften für den Aufruf zum Portugaltribunal, die wir in den blättern des iz3w veröffentlichen werden.

Förderkreis des iz3w

Den letzten beiden Nummern haben wir Beitrittskarten zum "Förderkreis des iz3w" beigelegt. Dieser Förderkreis ist gegründet worden, um die Weiterführung unserer Arbeit finanziell zu sichern, ohne von nur sporadisch eintreffenden Spenden abhängig zu sein. Die Mittel werden benötigt bei der Durchführung der Kampagne zum Portugaltribunal sowie bei der Finanzierung unserer Informationsarbeit. Das für unsere Arbeit notwendige Büro braucht ebenfalls eine sichere finanzielle Basis. Wir appellieren besonders an Sympathisanten politischer Gruppen, die an eigenem zeitlichen Einsatz für Dritte-Welt-Arbeit verhindert sind, die aber durch ihren finanziellen Beitrag in Höhe von 1 % - 3 % ihres Monatseinkommens oder mindestens DM 5,-- monatlich die Weiterführung unserer Arbeit ermöglichen wollen.

Weitere Dauerauftrags-Karten schicken wir gerne zu. Es ist aber auch möglich, daß Sie einen Dauerauftrag direkt an Ihre Bank schicken. (Unsere Konten sind auf dem Titelblatt angegeben.) Bei Spendern im Rahmen des Förderkreises entfällt der Abonnementpreis für die iz3w-blätter.

Übersetzer gesucht

Für unsere Informationsarbeit ist es wichtig, Dokumente ausländischer Institutionen und Gruppen (Regierungsdokumente, UNO-Veröffentlichungen, Veröffentlichungen der Befreiungsbewegungen oder oppositioneller Gruppen) zu übersetzen. Dieser Aufgabe gerecht zu werden, übersteigt bei weitem die Möglichkeiten des Mitarbeiterstabs des iz3w. Hierbei bietet sich die Möglichkeit einer zeitlich ziemlich genau begrenzbaren Mitarbeit für Leute an, denen die Zeit zu einer aktiven Mitarbeit in einer Gruppe fehlt. Lesern, die zu einer solchen Unterstützung bereit sind, bitten wir, uns Adresse (wenn möglich mit Telefonnummer) und die Sprache mitzuteilen, in die oder aus der sie übersetzen möchten, vielleicht auch die ungefähre Zeit, die sie einmal oder regelmäßig dafür aufwenden können.

Koordinierung der Übersetzungen

Da es in letzter Zeit mehrmals vorgekommen ist, daß das gleiche Dokument von verschiedenen Gruppen gleichzeitig übersetzt wurde (z.B. wurde die 120 Seiten starke Broschüre "Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika", Ankündigung S. 32 parallel übersetzt), scheint es uns notwendig, die Übersetzungsarbeit zu koordinieren. Wir bitten alle Gruppen, uns ihre Übersetzungsvorhaben von Dokumenten von Institutionen und Gruppen aus und zur Dritten Welt mitzuteilen, so daß wir Überschneidungen verhindern können.

Wir werden es einrichten, daß diese Informationen telefonisch abgefragt werden können.

Wir bitten um Beachtung der beiliegenden Solidaritätskarten von Amnesty International für den mozambikanischen Rechtsanwalt Domingos Arouca. Ein Lebenslauf von Dr. Arouca wurde auf Seite 31 abgedruckt.

Privatinvestitionen

EIN TEXTILUNTERNEHMEN IM TSCHAD

(1) Vorbemerkung

Der folgende Artikel ist eine auszugsweise Wiedergabe eines nicht publizierten Gutachtens des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, in dem im Auftrag des BMZ zwei von der DEG und mit öffentlicher deutscher Kapitalhilfe finanzierte Industrieunternehmen im Tschad und in Kamerun untersucht werden. Es handelt sich dabei um einen der allzu seltenen Versuche, in einer Beurteilung einer privaten Direktinvestition auch gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte zu berücksichtigen.
Alle als Zitat gekennzeichneten Stellen sind diesem, 1970 erstellten, Gutachten entnommen.

(2) Allgemeine Aspekte

Das hier zu besprechende Textilunternehmen, die Société Textile du Tchad (im folgenden S.T.T.), wurde 1966 gegründet und konnte im April 1967 den Betrieb aufnehmen. Produziert werden in erster Linie leichte Baumwollstoffe sowie Bettlaken. Die kaufmännische und technische Leitung des Unternehmens liegt von Anfang an bei der französischen Unternehmensgruppe Texunion, die selbst allerdings nur 35 % des Grundkapitals der S.T.T. vertritt. Ebenfalls 35 % vertritt die Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG; im Eigentum der Bundesregierung), die aber keinen Einfluß auf die Geschäftsführung nimmt. In die restlichen 30 % des Grundkapitals teilen sich die Bundesrepublik Kamerun und die Republik Tschad zu jeweils 15 %.

Über die DEG-Beteiligung am haftenden Kapital hinaus gewährte die Bundesregierung über die Kreditanstalt für Wiederaufbau der S.T.T. ein langfristiges und zinsgünstiges Kapitalhilfedarlehen in Höhe von 9 Mio DM.

Geschäftssitz und Betrieb der S.T.T. befinden sich in Fort-Archambault, der mit ca. 50 000 Einwohnern zweitgrößten Stadt des Tschad.

(3) Einzel- und gesamtwirtschaftliche Aspekte

Die S.T.T. trug 1970 zu rd. 0,7 % zum Sozialprodukt und zu 5 - 5,5 % zur Wertschöpfung der Industrie des Tschad bei.

Der Marktanteil der S.T.T. auf dem Textilsektor des Tschad betrug 1970 bei Druckstoffen 65 - 70 %, bei gebleichten und ungebleichten Rohgeweben sogar 80 - 85 %. Die S.T.T. nimmt also eindeutig eine monopolähnliche Position ein.

Ihren Hauptrohstoff, Baumwolle, bezieht die S.T.T. von der französischen Firma Cotonfran, die - wie die Texunion (der Promotor der S.T.T.) auch - eine Tochtergesellschaft der französischen Holdinggesellschaft Unipartex ist und die im Tschad das Monopol der Baumwollvermarktung und -entkörnung besitzt.

Die S.T.T. konnte bereits 1968 Gewinne erzielen. "Im Jahre 1969 entsprach der effektiv erzielte Betriebsgewinn einer Verzinsung des Eigenkapitals von 40 % vor Gewinnsteuern. Interne Buchungen der Geschäftsführung machten für 1970 sogar eine rd. 60 %ige Verzinsung des Eigenkapitals wahrscheinlich." (S. 61) Die Gewinnsituation der S.T.T. ist damit weitaus günstiger als die der meisten vergleichbaren Textilunternehmen etwa in Westeuropa. Damit dürfte auch die DEG, d.h. die Bundesregierung, schon heute ihr eingesetztes Kapital zurückerhalten haben und kräftige Gewinne machen. Einträgliche "Entwicklungshilfe"!

Die S.T.T. beschäftigt insgesamt etwa 540 Arbeitskräfte und ist damit der weitaus größte Arbeitgeber in Fort-Archambault und der ganzen Region; 4 % aller Lohn- und Gehaltsempfänger und 10 % aller Industriebeschäftigten im Tschad arbeiten bei der S.T.T.

Die direkten und indirekten Einkommenswirkungen der S.T.T. auf die Volkswirtschaft des Tschad sind aber vergleichsweise begrenzt, da wegen der nur schwach entwickelten Wirtschaftsstruktur der überwiegende Teil der Betriebsausgaben des Unternehmens ins Ausland abfließt. Die direkten zusätzlichen Arbeitseinkommen, die auf die S.T.T. zurückzuführen sind, belaufen sich nur auf 6 % der gesamten Betriebsausgaben.

(4) Auswirkungen auf den Staatshaushalt und die Zahlungsbilanz

"Die Errichtung der S.T.T. hatte für die öffentlichen Finanzen des Tschad hohe Verluste zur Folge. Sie belaufen sich auf rund 5 % der gesamten Budgeteinnahmen dieses Landes." (S. 191) Den Hauptposten dieser Verluste der öffentlichen Hand bilden Mindereinnahmen aus Importzöllen. Denn auf-

grund der Inlandsproduktion der S.T.T. ergab sich ein Rückgang der Einfuhr von Textilprodukten und damit ein Rückgang der Zolleinnahmen des Staates.

Auch die Auswirkungen der S.T.T. auf die Zahlungsbilanz des Tschad sind infolge der bedeutenden Einfuhr von Vorprodukten (die ja für die S.T.T. zollfrei erfolgt) und infolge der Gewinnrückflüsse negativ.

Als Beispiel dafür, welche Zugeständnisse Regierungen von afrikanischen Entwicklungsländern den ausländischen Unternehmen machen müssen, seien hier einige Privilegien der S.T.T. aufgeführt.

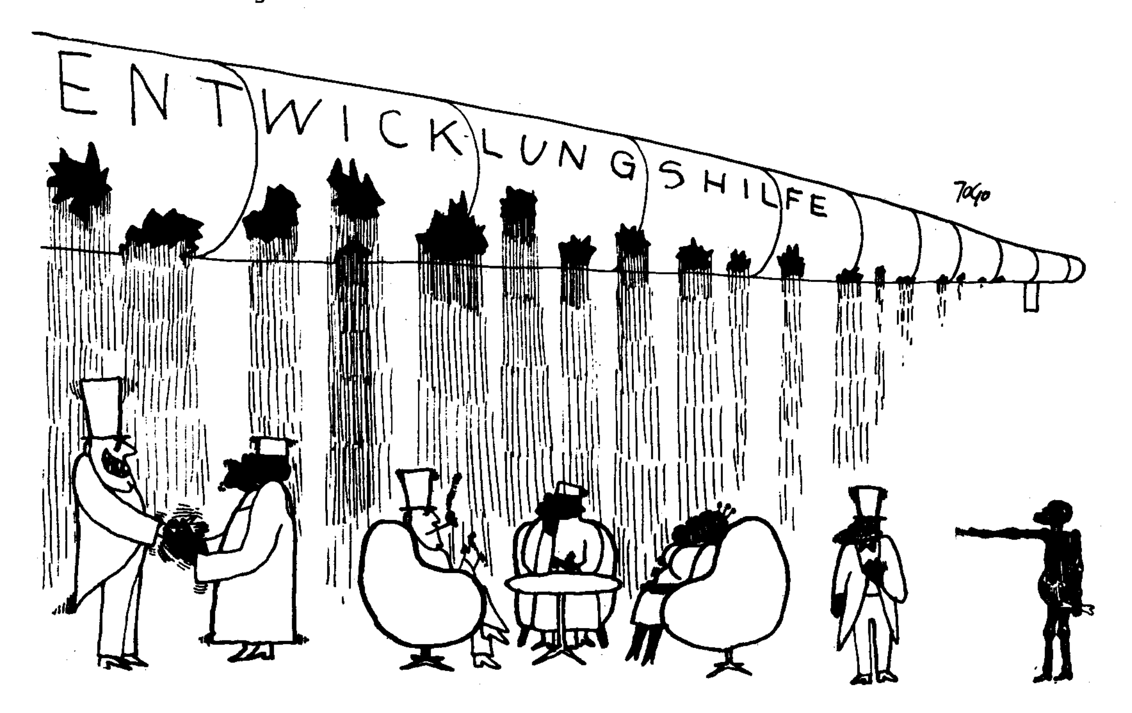
"Die S.T.T. ist durch Dekret vom 6.12.1965 zum Regime C des tschadischen Investitionsgesetzes zugelassen worden. Dem Unternehmen wurden damit im wesentlichen folgende Sonderrechte zugestanden:

- die Stabilisierung der gesamten fiskalischen Abgaben, die das Unternehmen zu leisten hat, auf den Stand der Steuergesetzgebung zum Zeitpunkt der Zulassung zum Regime C,
- die Aussetzung der Zölle und Importabgaben auf die Einfuhr aller Ausrüstungsgüter des Unternehmens,
- die Aussetzung der Körperschafts- und Gewerbesteuer für die ersten fünf Geschäftsjahre,
- die Befreiung der Hälfte des Gewinns von der Körperschaftssteuer im Falle von Neuinvestitionen." (S. 17 f.)

Ergänzend zu diesen Bestimmungen des Investitionsgesetzes wurde eine Niederlassungskonvention zwischen der Republik Tschad und der S.T.T. abgeschlossen, die weitere wichtige Vergünstigungen für das Unternehmen enthält:

- "die Zusage des Staates, der Gesellschaft normale Absatzbedingungen notfalls auch mit Schutzmaßnahmen gegen Importe von Garnen, Roh- und Fertiggeweben zu garantieren,
- die Aussetzung aller Inlandssteuern auf den Heiz- und Dieselölverbrauch der Gesellschaft,
- einen vom Staat garantierten Baumwollpreis, der dem Weltmarktpreis abzüglich der fiskalischen Belastungen, Transport- und Vermarktungskosten ab Fort-Archambault entspricht,
- einen garantierten Preis für elektrische Energie, der für die ersten neun Jahre unterhalb des Selbstkostenpreises der Kraftzentrale von Fort-Archambault liegt,
- die Garantie des unbeschränkten Transfers von Kapitalanteilen, Kreditrückzahlungen, Gewinnen, Gehältern usw. sowie ganz allgemein eine Garantie des Staates gegen eine Änderung der für die Gesellschaft zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses geltenden gesetzlichen und administrativen Regelungen bezüglich des Kapitalverkehrs und des Absatzes der Produktion,
- die Aussetzung der Dividendenbesteuerung während der ersten fünf Jahre nach Zahlung der ersten Dividende.

Die Zulassung zum Regime C und die Niederlassungskonvention gelten für 25 Jahre, d.h. bis Ende 1990." (S.18f)



Unser Wirtschaftssystem ist einmalig. Sogar die Entwicklungshilfe macht uns reicher.

(5) Einige gesellschaftliche Aspekte

Arbeit finden bei der S.T.T. fast ausschließlich männliche und sehr junge Afrikaner (70 % der Beschäftigten sind jünger als 26 Jahre). Sie haben durchweg eine Primärschulbindung und sind entweder Christen oder Animisten, obwohl die Bevölkerung in der Region um Fort-Archambault zu ca. 50 % aus Moslems besteht, die allerdings auch politisch nicht entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke repräsentiert sind. Die Einstellungspolitik der S.T.T. verstärkt offenbar dieses bestehende Machtungleichgewicht zuungunsten der Moslems noch weiter.

Unter den 540 Arbeitskräften der S.T.T. sind "33 Europäer, die, bis auf eine Ausnahme, alle leitenden technischen und administrativen Funktionen in der Fabrik innehaben." (S. 15)

Während das europäische S.T.T.-Personal weit höhere Einkommen als Personen gleicher Funktion in Europa bezieht, beträgt das durchschnittliche Einkommen eines afrikanischen Beschäftigten nur etwa 8-10 % des Einkommens entsprechender Arbeitskräfte in Europa, obwohl bei der hochautomatisierten S.T.T. die Afrikaner nach ihrer Einarbeitungszeit Leistungen erbringen, die praktisch nicht unter denen europäischer Arbeitskräfte liegen.

Die 33 Europäer der S.T.T. verdienen insgesamt mehr als die über 500 Afrikaner des Unternehmens.

Das häufigste von der S.T.T. bezahlte monatliche Lohneinkommen beträgt rd. 80,-- DM. Die von den Autoren der Studie befragten S.T.T.-Arbeiter hatten davon durchschnittlich für 9 mit ihnen in der Stadt lebende Angehörige zu sorgen, so daß dieses Einkommen häufig nicht einmal für den Kauf von Lebensmitteln ausreichte.

Trotz dieser Hungerlöhne für Afrikaner auf der einen, den sehr hohen Einkommen für Europäer sowie der extrem hohen Gewinne der S.T.T. auf der andern Seite, funktioniert der Betrieb reibungslos, Streiks sind unbekannt. "Der Hauptgrund für die reibungslose Personalführung ist ohne Zweifel in der völligen Ohnmacht (gegenüber der Betriebsführung) des einzelnen afrikanischen Beschäftigten zu sehen. Je länger dieser im Betrieb ist, desto abhängiger wird er von seinem Lohneinkommen. Aufgrund seiner mangelhaften Berufsausbildung und dem übermäßigen Angebot an Arbeitskräften ist er jederzeit ersetzbar." (S. 53f.) Eine schlagkräftige Gewerkschaft existiert in Tschad nicht.

Die Gründung der S.T.T. in Fort-Archambault hat die Arbeitslosigkeit in dieser Stadt nicht nur nicht vermindert, sondern sogar erheblich gesteigert. Das ist darauf zurückzuführen, daß diese Unternehmensgründung eine starke Landflucht hervorgerufen hat. Diese Zuwanderer hoffen auf einen Arbeitsplatz bei der S.T.T. und siedeln sich - wie überall in der Dritten Welt - in den Slums um die Städte herum an. "Da die Zuwanderer in erster Linie aus dicht besiedelten ländlichen Gebieten stammen, kann nicht von vornherein unterstellt werden, daß der Landwirtschaft dadurch Produktivkräfte entzogen werden. Nachdem jedoch hauptsächlich junge und schulgebildete Leute abwandern, muß auf lange Sicht befürchtet werden, daß das Land einen großen Teil der innovatorischen und für seine Entwicklung notwendigen aktiven Arbeitskräfte verliert." (S. 193)

(6) Abschließende Bemerkungen: Industrialisierung ohne Entwicklung

Wie soll man eine Unternehmensgründung wie die der S.T.T. in einem Land wie dem Tschad beurteilen? Ist das Entwicklungspolitik, die auf diese Weise getrieben wird?

Der Tschad holt sich unter erheblichen Budgetverlusten und mit westdeutscher "Entwicklungshilfe" einen westeuropäischen Konzern ins Land, dem praktisch eine - zudem staatlich geschützte - Monopolstellung zufällt. Da dieses Unternehmen außerordentlich kapitalintensiv (hochautomatisiert) konzipiert ist und da den Afrikanern ausgesprochene Hungerlöhne gezahlt werden, ergibt sich nur ein sehr bescheidener Beschäftigungs- und damit Einkommenseffekt. Die städtische Arbeitslosigkeit steigt in der Folge der S.T.T.-Gründung sogar sprunghaft an.

"Es läßt sich feststellen, daß mit der Industriebeschäftigung und dem städtischen Leben die traditionellen Subsistenzquellen der Afrikaner verloren gehen und neue Konsumzwänge entstehen. Dadurch steigt der Geldbedarf des einzelnen häufig über sein Lohneinkommen hinaus an, was zwangsläufig zur Verschuldung führt." (S. 194)

All diese negativen Auswirkungen der S.T.T. könnte man nur dann als unausweichlich hinnehmen, wenn es richtig wäre, daß diese Form der Industrialisierung notwendiger Bestandteil einer echten Entwicklung wäre, d.h. wenn man sich mit dieser Politik auf dem richtigen Weg befände. Daß das nicht der Fall ist, beweist allein schon die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit als ein zentrales Problem der Dritten Welt in Fort-Archambault infolge der S.T.T.-Gründung gestiegen ist und daß offenbar kein Land der

Dritten Welt, das seine Märkte ausländischen Konzernen geöffnet hat, dieses Problem bisher lösen konnte.

Eine Form der Industrialisierung aber, der es nicht einmal gelingt, die arbeitsfähige und arbeitswillige Bevölkerung beim Aufbauprozeß des Landes zu beteiligen, kann eine wirkliche Entwicklung nicht einleiten.

(In einer der nächsten Ausgaben der "blätter des iz3w" soll diese allgemeine Fragestellung ausführlicher erörtert werden.)

fh

Literatur

1. Hemmerich, Friedhelm: Entwicklungsschwindel - oder wem nützen Privatinvestitionen. Versuch einer gesamtwirtschaftlichen Analyse der Direktinvestitionen.

2. Deutsche Konzerne in Brasilien.

Zu bestellen bei: iz3w Freiburg

Die neuen Herren sind die alten

Investitionsförderung in der Elfenbeinküste

Im folgenden Interview, das wir der Sendung von Peter Berg "Die neuen Herren sind die alten - Über Neokolonialismus in der Elfenbeinküste" im ZDF am 9.4.72 entnehmen, schildert der Finanzchef eines israelischen Bau- und Touristikunternehmens, das in der Elfenbeinküste investiert, die Investitionsvorteile, die dieses Land ausländischen Privatinvestitionen gewährt:

Berg:

Es ist geradezu phantastisch, was die israelische Gesellschaft mit ihrem Bauland machen kann, wenn sie die Vorteile nutzt, die ihr das ivorische Gesetz über ausländische Investitionen bietet. Niemand erklärt das besser als ihr Finanzchef:

Finanzchef Hans Benzeev:

"Der erste Punkt natürlich ist, daß die Investition, welche sie auch sei - in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Bauwesen - von der Regierung angenommen werden muß, um den Titel einer 'entreprise prioritaire' zu bekommen, das heißt ein bevorzugtes Entwicklungsgeschäft.

Im Moment, wo das akzeptiert ist, gibt es noch eine zweite Möglichkeit dazu. Die geht allerdings vor das Parlament, weil sie derselben Gesellschaft auch das Wesen des langdaurigen Finanzgesetzes anbietet.

Was heißt das? Das heißt ganz einfach, daß keinerlei hinzukommende Steuern, die in Zukunft in diesem Land einmal sein können, dieses Entwicklungsprojekt treffen können. Und zwar für die Zeit, die im Vorhinein vorgesehen wurde.

Welche Vorteile im Einzelnen?

Nummer Eins dürfen Sie das Geld, das Sie in das Land gebracht haben, frei wieder exportieren, in derselben ausländischen Devise, in der Sie es importiert haben. Gleichzeitig dürfen

---

Sie natürlich alle Verdienste und Dividenden auch exportieren.
Der zweite Punkt ist, daß Sie jegliche Zoll- und Steuerfreiheit haben über die Materialien, die Sie importieren müssen, um Ihre Fabrik oder Ihr Bürohaus oder das Hotel - oder was Sie auch beschlossen haben zu bauen, zu errichten. Das heißt die ganzen Importmaterialien sind zollfrei und die lokalen Materialien, die Sie brauchen, sind steuerfrei.- Im Moment, wo es sich z.B. um eine Industrie handelt, können Sie auch dann, wenn Sie operationell in Betrieb sind, ihre Grundmaterialien importieren, ohne Zoll dafür zu bezahlen.

Gilt für welchen Zeitraum?

Die Steuern können für fünf und noch mehr Jahre - das ist eine Verhandlungssache - storniert sein. - So daß eine Gesellschaft überhaupt keine Einkommensteuer bezahlt. Das heißt der Verdienst ist netto und kann netto exportiert werden, bis auf 10 % des Verdienstes, die gesetzesweise in der Elfenbeinküste wieder investiert werden müssen.

Berg:

Läßt sich beantworten, Herr Ben Zeev, wie schnell sich im Vergleich auch zu anderen Ländern (aber das ist ein Nebenpunkt) in der Elfenbeinküste investierte Gelder amortisieren?

Ben Zeev:

Sie haben die Möglichkeit, im ersten Jahr vierzig Prozent Ihrer Investitionen zu amortisieren. Das ist gesetzlich erlaubt, und das erlaubt Ihnen natürlich, wenn das Geschäft es trägt, in drei Jahren offiziell amortisiert zu haben.

Berg:

... und das heißt auch de facto?

Ben Zeev:

De facto hängt das vom Geschäft ab - also das hängt dann eher, möchte ich sagen, von der Qualität des Geschäftsmannes ab."

ARABISCHER GOLF

Broschüre des Solidaritätskomitee für die Unterstützung der arabischen Befreiungsbewegung über die Situation in Dhofar und Oman mit Dokumenten vom Rachjut-Kongreß der Volksfront für die Befreiung des besetzten arabischen Golfs. Bezug über Reinhold Einloft, 6 Frankfurt, Wolfsgangstr. 88.
DM 1,-- in Briefmarken beilegen.

Aus dem Film ein weiteres Detail, bezeichnend für die neokoloniale Struktur der Elfenbeinküste: Die Vorgänge um die "Ivoisierung" des Holzabbaus.

Holz ist neben Kaffee wichtigstes Ausfuhrprodukt der Elfenbeinküste (ca. 30-40 % des Exports).
"Die kleine Elfenbeinküste ist der Welt drittgrößter Lieferant von Edelhölzern. Das ist kein Wunder, denn dem Wald wird mit allem, was Motorsägen und Maschinen hergeben wollen, zu Leibe gerückt.

In den letzten fünf Jahren schafften es die Holzfäller, jährlich schwindelerregende 300.000 Hektar Wald auszubeuten. Bei diesem Rhythmus wird man in acht bis zehn Jahren erreicht haben, daß es in der Elfenbeinküste keinen Wald mehr gibt, der diesen Namen noch verdient.

Die Ausbeutung des Urwaldes liegt völlig in der Hand europäischer Firmen, die im Jahr 4 Millionen Kubikmeter Holz aus dem Lande schaffen. Der Holzexport erbringt 20 % der Einnahmen des Landes, das heißt etwa soviel, wie die Handelsbilanz an Überschüssen ausweist. Man kann also sagen, die Elfenbeinküste finanziert ihre gegenwärtige Prosperität durch Raubbau an ihren Waldreserven, die, wie schon erwähnt, in absehbarer Zukunft erschöpft sein werden."

Das Holzgeschäft befindet sich ausschließlich in ausländischer Hand; dem wurde mit einem Gesetz zur Ivoisierung des Holzgeschäftes begegnet, das besagte, daß die Konzession zum Holzschlagen nur noch an (nicht-europäische) Einwohner der Elfenbeinküste vergeben werden kann. Dieses Gesetz hatte nach Aussage eines westdeutschen Unternehmers, der in dem Filmbericht interviewt wurde und der selber nach der von ihm geschilderten Methode arbeitet, lediglich zur Folge, daß die ausländischen Firmen, die den Urwald ausbeuten, sich einen höheren Beamten oder Militär suchen, der formell die Konzession für die Firma übernimmt und sich diese Tat jährlich mit 20 - 200 000 DM vergüten läßt. Die Einnahmen eines der wichtigsten Wirtschaftszweige fließen weiterhin ins Ausland und zum kleineren Teil an die nationale Oberschicht, bis diese Quelle versiegt.

Waffenhandel

Buchbericht

Albrecht, Ulrich u. Birgit A. Sommer: Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Militärhilfe und Entwicklungspolitik, Reinbek 1972 (rororo aktuell Nr.1535), 156 S.

Über weite Strecken dieser hochaktuellen und erfreulicherweise zugleich leidlich systematischen Studie zum Thema westdeutsche Militärhilfe- und Waffenhandelspolitik gegenüber den Staaten der Dritten Welt sind die beiden Autoren damit beschäftigt, den offiziellen Absichten dieser Politik ihre tatsächlichen Praktiken und Ergebnisse gegenüberzustellen: eine immanente Kritik, die zu leisten längst überfällig war, da oft ein geradezu groteskes Mißverhältnis besteht zwischen den hochgestochenen und bestenfalls gutgemeinten Worten unserer maßgeblichen Politiker auf der einen Seite und dem, was sie damit zu rechtfertigen oder zu decken suchen auf der anderen. Dabei geht es hier schon in einfacher Konsequenz um das ernsteste und dringlichste aller globalen Probleme, für rund zwei Drittel der Erdbevölkerung von grausamer Realität, für uns andere nur beschämend; auch bei der Beurteilung der deutschen Militärhilfe muß der entscheidende Bezugspunkt die Frage sein, wie die Völker der Dritten Welt aus dem Elend und der Abhängigkeit befreit werden können, in die die Industrienationen sie gebracht haben und heute immer tiefer verstricken.

Viele Politiker und auch einige Wissenschaftler der Industrieländer rechnen den Handel mit Waffen oder die "Ausrüstungshilfe", wie er gern verharmlosend genannt wird, zu jenen Heilmitteln, die dem Zustand des Elends und der Abhängigkeit ein Ende setzen sollen, weil sie angeblich den wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Wandel in den unterentwickelten Ländern zu stimulieren geeignet sind. Indem sie Militärhilfe und "Entwicklungshilfe" identifizieren - tatsächlich ist die "Entwicklungshilfe" aus dem militärischen Auslandshilfeprogramm der USA nach dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen -, wollen die Verursacher der Krankheit also sogar in diesem eigens auf Tod und Zerstörung abgestellten Bereich zugleich deren Ärzte sein.

Besonders die westdeutsche Militärhilfe stellt in diesem Punkte ehrgeizige Ansprüche. Ihrem finanziellen Umfang nach zwar relativ gering (jährlich 100 - 200 Mill. DM; zum Vergleich USA: jährlich 10 - 15 Milliarden DM), darf sie jedoch nicht vernachlässigt werden, da sie mit wesentlichen Anteilen der ungemein kleinen Budgets einiger unterentwickelter Länder, vor allem in Afrika (Tschad, Äthiopien, Sudan, Nigeria, Tansania, Guinea, Somalia, Marokko usw.) bezahlt werden muß. Da die BRD - im Gegensatz etwa zu Frankreich und England - über keine traditionellen Machtpositionen in der Dritten Welt verfügt, die aus der Kolonialzeit herübergerettet worden sind, preist sie ihre "Hilfe" als besonders progressiv und humanitär an; dabei scheut man sich nicht einmal, die eigene Politik von derjenigen der westlichen Verbündeten abzuheben und - nicht zuletzt natürlich auch an die Adresse der eigenen Bevölkerung gerichtet - andeutungsweise zu behaupten, die deutschen Programme könnten die Modernisierung unterentwickelter Länder wirksamer als die anderer Industriestaaten fördern. Die beiden Autoren haben Vertreter von Empfängerstaaten daraufhin befragt. "In allen Fällen vermochten die Befragten keinen Unterschied der deutschen Militärhilfe gegenüber den Programmen anderer Länder zu erkennen." (S. 54)

Halbwegs ernst zu nehmende Zielangaben und Rechtfertigungsversuche für die "Ausrüstungshilfe" weisen denn auch nur auf die vermeintlich entwicklungstreibende Rolle des Militärs in der Dritten Welt im allgemeinen hin. Oft benutzte Argumente, die deshalb schon selbstverständlich zu werden drohen, sind dabei:

1. Das Militär schafft rasch eine leistungsfähige Infrastruktur und vermittelt technisches know-how auch in den zivilen Sektor hinein (Vorbild: Israel). Die Militärhilfe und nicht zuletzt die in ihrem Rahmen stattfindende "Ausbildungshilfe" erfüllt deshalb ähnliche Funktionen wie die zivile "technische Hilfe". (In diesem Zusammenhang wird immer wieder die deutsche Militärhilfe für Guinea als beispielhaft genannt, die freilich mit der versteckten Einmi-

schung der Deutschen in innere Angelegenheiten des Landes verbunden war, ehe sie im Januar 1971 durch die Aufkündigung der diplomatischen Beziehungen ein abruptes Ende fand.)

2. Das Militär schafft jene innere politische Stabilität, in deren Schutz sich Industrialisierung und wirtschaftliches Wachstum allein vollziehen können. Wichtige Aufgabe der Militärhilfe ist daher der Aufbau von leicht bewaffneten, polizeiähnlichen Sicherungstruppen. (An dieses von den USA im Hinblick auf eine wirksame Guerilla-Bekämpfung aufgestellte Prinzip hält sich die BRD seit Mitte der sechziger Jahre, nachdem sie zu Beginn ihrer Programme (1961) vornehmlich repräsentables Großgerät wie Flugzeuge und Schiffe geliefert hat.)
3. Das Militär schafft rasch eine zentralistische Verwaltungsorganisation, die die sich erst bildenden "new nations" vom Separatismus und Tribalismus weg zur Einheit führt, deren eine reibungslose Entwicklung ebenfalls bedarf.

Solche Argumente finden zwar die Unterstützung einiger Sozialwissenschaftler, die ihrem Gegenstand ebenso wie die meisten Politiker in ideologisch-apologetischer Geisteshaltung gegenübertreten. So spricht L.W. Pye dem Militär ausgerechnet wegen seiner Geschlossenheit und Isoliertheit eine positive Rolle im Modernisierungsprozeß zu, wobei "civic-action", Stabilität und "nation-building" eben die Hauptgesichtspunkte sind. (Pya, L.W.: Armies in the Process of Political Modernization, in: The Role of the Military in Underdeveloped Countries, Hrsg. J.J. Johnson, Princeton 1962. Zitiert nach Albrecht/Sommer.) Die Praxis sowie Überlegungen, die ungleich plausibler sind und im wissenschaftlichen Schrifttum ebenfalls zahlreich belegt werden können, stellen ihre Stichhaltigkeit jedoch in Frage: Eine Infrastruktur, die das Militär unter strategischen Gesichtspunkten aufbaut, kann für wirtschaftliche Zwecke möglicherweise unbrauchbar sein. Außerdem ist zu fragen, wozu eigens Militärhilfe denn gut sein soll, wenn ihre Ziele und Methoden mit denen der zivilen "technischen Hilfe" übereinstimmen, zumal die abgeschlossene, elitäre Randstellung der Armeen in unterentwickelten Ländern tendenziell verhindert, daß rationales Wissen weitergegeben und im zivilen Bereich fruchtbar gemacht werden kann. (Zur parasitären Dynamik zwar rational orientierter, aber deshalb in ihrem traditionalen Kontext auch marginaler Eliten in entwicklungsgehemmten Gesellschaften hat kürzlich Dietmar Rothermund grundsätzliche Bemerkungen gemacht. Vgl. Rothermund, D.: Marginalität und Elite in Entwicklungsländern, in: Die Dritte Welt, Hrsg. Wolfgang S. Freund, Jg. 1, Heft 1, S. 15-22.) Aus ähnlichen Gründen ist auch die Funktion des "nation-building" höchst fragwürdig. "Armeen, die vom Volk mit Mißtrauen behandelt werden, können schwerlich als integrierender Faktor und als Mittel zur Erweckung eines nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls wirken." (S. 89) Die Tatsache, daß zwischen 1963 und 1969 zwanzig (!) Militärputsche in Afrika stattgefunden haben - in Lateinamerika wird die relative Zahl noch höher liegen -, beweist, daß das Militär nicht gerade ein Element der politischen Stabilität ist, worauf immer diese Machtergreifungen abgezielt haben mögen. Der schlagendste Einwand gegen alle bisher geleistete "Entwicklungshilfe" und damit auch gegen die Praxis der Militärhilfe aber ist und bleibt, daß sich die Lage der entwicklungsgehemmten Völker in den letzten zehn Jahren keineswegs verbessert, sondern in aller Regel verschlechtert hat.

Die tiefe Diskrepanz zwischen den wohlklingenden Zielen der westdeutschen Militärhilfe und ihrer fatalen Realität spiegelt sich auch im Verhältnis der offiziellen Vergabeprinzipien zu den offenkundigen Vergabepraktiken. Angeblich sollen nur auf ausdrücklichen Wunsch der betreffenden Regierungen in der Dritten Welt Transfers von Kriegsgerät erfolgen. Außerdem soll in "Spannungsgebiete" grundsätzlich kein Material geliefert werden und "weiches" Gerät (Kleidung, Funkaggregate, Fahrzeuge usw.) soll gegenüber den "harten", unmittelbar letalen Waffen immer den Vorzug erhalten. Abgesehen davon, daß diese Differenzierungen schon deshalb wenig brauchbar sind, weil sie entweder nie mit leidlich exakten Kriterien versehen wurden (z.B. ist von der Bundesregierung nie definiert worden, was "Spannungsgebiete" eigentlich sind) oder schlicht sinnlos erscheinen (warum soll das Funkgerät und der Lastwagen, mit dem der Soldat an seinen Einsatzort gebracht wird, eine größere Existenzberechtigung haben als das Gewehr, das er dort benutzt?), wird ihnen ganz offensichtlich auch zuwidergehandelt. Albrecht/Sommer stellen fest, "daß die Bundesregierung in fünf von fünfzehn afrikanischen Länderprogrammen ihren Grundsatz, keine militärische

Entwicklungshilfe in Spannungsgebiete zu geben, nicht beachtet hat." (S. 68) Diese Fälle sind Nigeria (Biafra-Krieg), Tschad (Bürgerkrieg), Sudan (Bürgerkrieg und Konflikt mit Äthiopien), Äthiopien (Bürgerkrieg der Eritrean Liberation Front und Konflikt mit dem Sudan), Libyen (Arabisch-israelischer Krieg). In Asien wurde sogar in fünf von sechs Fällen das Prinzip verletzt. "Wichtiger als diese Tatsache ist jedoch die Einsicht, daß es sich hierbei um ein Prinzip handelt, das ... die Vergabe von Militärhilfe im Grunde von vornherein ausschließt." (S. 66 f.) Hochbrisante Spannungen zwischen verarmten Massen und den nationalen Bourgeoisien, aber auch zwischen ethnischen und religiösen Gruppen sind nämlich in nahezu sämtlichen Ländern der Dritten Welt mindestens latent. Auch das Prinzip der passiven Initiation, die Behauptung also, unterentwickelte Länder würden nur auf ausdrückliches Verlangen Militärhilfe erhalten, ist schon deshalb unglaubwürdig, weil es sich nicht mit den üblichen, komplizierten Transfermodalitäten sowie mit dem angeblich entwicklungsorientierten Charakter der Programme verträgt. "Aus der zivilen Entwicklungshilfe ist bekannt, daß zahlreiche Regierungen von Entwicklungsländern Schwierigkeiten haben, ihren Hilfegebern geeignete Projekte oder Planungen vorzuschlagen ... Kann die militärische Entwicklungshilfe der Bundesrepublik tatsächlich beanspruchen, eine Variante der technischen Hilfe ... zu sein, so ist nicht zu sehen, warum diese Hilfe nur auf Abruf gegeben werden soll." (S. 65 f.) Ebenso wie die offizielle Rechtfertigung der deutschen Militärhilfe beginnt sich hier freilich auch die immanente Kritik daran in ihrer eigenen Schlinge zu verfangen: sie will ja gerade zeigen, daß die Militärhilfe einen echten entwicklungspolitischen Anspruch nicht erheben kann.

Zum Glück bleibt es in dem hier zu besprechenden Buch nicht bei solcher immanenten Kritik. Die Widersprüche zwischen den offiziellen Absichten der deutschen Militärhilfepolitik einerseits und ihrer Realitäten andererseits lassen ahnen, daß ganz andere Ziele und Interessen dahinterstehen. Daraufhin wird diese Politik am Ende von den beiden Autoren hinterfragt, die nun davon ausgehen, daß "Militärhilfe ... ebenso wie jede andere Entwicklungshilfe nur angemessen interpretiert und kritisiert werden (kann), wenn man sie in den Zusammenhang aller politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Industrieländern und Ländern der armen Welt stellt." (S. 107)

Die genannten Beziehungen sind gegenwärtig vor allem dadurch geprägt, daß die Konzerne und Regierungen der Industrienationen durch Kapitaltransfer in die arme Welt deren reiche und aufgrund der niedrigen Löhne billig zu habende Rohstoffvorkommen extrahieren und gleichzeitig einen gewissen Absatzmarkt für die eigenen Fertigprodukte schaffen. Diese Investitionen, die den absurden Namen "Entwicklungshilfe" tragen, ermöglichen es den herrschenden Klassen der Industrieländer, aus den Ressourcen der unterentwickelten Regionen beträchtliche Gewinne zu schlagen, während die Völker der Dritten Welt selbst nahezu leer ausgehen. Nur den dünnen nationalen Bourgeoisien der früheren Kolonialländer, den parasitären Oberklassen, die "sich einfach an die Stelle der ehemaligen europäischen Bevölkerung: der Ärzte, Rechtsanwälte, Kaufleute, Vertreter, Generalvertreter, Transithändler" (S. 101) gesetzt haben, kommt das internationale Ausbeutungsverhältnis noch zugute. Wenn sie das gewinnträchtige Kapital der verschiedensten Erscheinungsformen auch nicht selbst besitzen, so schaffen und gewährleisten sie, die in aller Regel auch die Regierung stellen, doch die politischen, verwaltungstechnischen und anderen Randbedingungen für seine profitabelste Verwertung und dienen so als "Transmissionsriemen des Kapitalismus". Durch ihre bereitwillige Kooperation mit den ausländischen Kapitalverwertern genießen sie eine ökonomisch privilegierte Stellung. Von ihnen gefordert wird dafür ein halbwegs zweckrationales, den Belangen der auf Kapitalvermehrung abgestellten Produktionsweise gegenüber aufgeschlossenes Bewußtsein sowie einiges technisches Sachwissen. Beides wird durch ein elitäres, nach europäischem Muster organisiertes Bildungssystem vermittelt. (Vgl. dazu die Beobachtungen, die ein Mitarbeiter des iz3w in Kenia gemacht hat: blätter des iz3w, Nr. 10, S. 14 ff.)

Wölfe im Bürgerpelz

Das argentinische Militär hat einen Merkzettel für die Bürger des Landes herausgegeben, an Hand dessen Guerilleros in den Städten entlarvt werden sollen. Nach folgenden Maßstäben sollen die Untergrundkämpfer zu erkennen sein: „Junge Leute, meistens Paare, neue Nachbarn im Viertel (vor weniger als einem Jahr zugezogen), pflegen keine Kontakte mit Nachbarn, meistens höflich und gebildet, Kleidung und Haarschnitt normal, keine Kinder (oder, wenn vorhanden, unter fünf Jahre alt), ihre Beschäftigung ist nicht bekannt, sie werden von jungen Leuten in Autos besucht, die bei Anbruch der Dunkelheit eintreffen."

Welche Funktion das Militär in diesem Rahmen nur erfüllen kann und den Intentionen der Industrienationen nach wohl auch erfüllen soll, kann kaum verborgen bleiben: es bildet (jedenfalls im Offizierskorps) die nationalen Bourgeoisien für ihre Funktion heran und hält sie zusammen. Im übrigen ist es ein hervorragendes Instrument, den parasitären Oberklassen die Erfüllung ihrer systemerhaltenden Aufgaben, insbesondere die Sicherung des ausländischen Kapitals vor dem Zugriff revolutionärer Gewalt der Massen, zu erleichtern. "Es geht ... darum, militärische Institutionen so zu unterstützen, daß bestimmte ökonomische und politische Strukturen erhalten bleiben, ohne daß es infolge der auf diese Weise produzierten Spannungen, der Verarmungen der Massen, zu einem völligen Zusammenbruch der Regime kommt." (S. 106) Militärhilfe ist also insofern selbst gewinnorientierter Kapitaltransfer der Industrienationen.
Von hier aus öffnet sich ein neues Verständnis für den objektiven Sinn des Stabilitätsargumentes, mit dem die Militärhilfe in ihrer entwicklungspolitischen Bedeutung legitimiert werden soll. Nicht die politische Stabilität ist interessant, in deren Schutz sich eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung vollziehen könnte, an der alle Schichten partizipieren, sondern die Stabilität der bestehenden sozialen Ungleichheiten und Ausbeutungsverhältnisse, die für eine optimale Kapitalverwertung erforderlich ist, auch unter wechselhaftem politischen Stern.

Gestützt werden diese Thesen dadurch, daß der Schwerpunkt der deutschen Militärhilfe ausgerechnet in Afrika liegt. Die europäischen Industrienationen haben gerade auf diesem für sie günstig gelegenen Kontinent durch Kapitalinvestitionen eine rege Ausbeutungstätigkeit entwickelt und wollen vornehmlich hier ihre wirtschaftlichen Machtpositionen weiter ausbauen. "Während die politisch unterstützte Expansion des japanischen Kapitals vor allem den Rohstoffen Asiens bis zum Nahen Osten gilt, konzentrieren sich die Europäer auf die Bodenschätze Afrikas. Die USA betrachten selbstverständlich die natürlichen Reichtümer Lateinamerikas nach wie vor als ihr Reservoir." (Schüngel, B.: Zur Frage der Abhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer von den Rohstoffen der Dritten Welt, 2. Teil, in: Das Argument, 53, Heft 4, 1969, S. 304. Zitiert nach Albrecht/Sommer) Gerade auf "Stabilität" in Afrika haben es deshalb die Konzerne und die Regierung der BRD so nachdrücklich abgesehen, was aus dem Schwerpunkt des deutschen Militärhilfeprogramms deutlich wird. In dieses Bild paßt haargenau, daß dorthin, wo die "Stabilität" ohnehin nicht mehr zu retten ist, weil dem Kapital von politischer Seite Restriktionen auferlegt werden, auch keine Waffenlieferungen (mehr) gehen. "Regierungen, die sich wie die von Sambia oder Tansania als antiimperialistisch verstehen, bekommen keine bundesdeutsche Militärhilfe oder werden mit dem Abbruch dieser Hilfe bestraft. In Mali und Ghana setzt die deutsche Militärhilfe nach dem Sturz der Linksregierungen ein." (S. 106) Obwohl also die bundesrepublikanische Militärhilfe mit dem erklärten Ziel gegeben und genommen wird, die Unabhängigkeit der unterentwickelten Empfängerstaaten zu stärken, ist sie offensichtlich mit zahlreichen zwar informellen, deswegen aber nicht unverbindlichen Auflagen verknüpft, die das innere soziale Gefüge jener Staaten und damit die ureigensten Angelegenheiten ihrer Völker betreffen. Besonders peinlich ist dies für eine "Hilfe", die lange Zeit als verlängerter Arm der Hallstein-Doktrin nützlich war, deren Vergabekriterien also im Dienste der Deutschlandpolitik standen, welche sich lauthals auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker beruft.

Als weitere Interessen, die der westdeutschen Militärhilfe- und Waffenhandelspolitik zugrunde liegen, sind die Suche der betreffenden Industrien nach Absatzmärkten für ihre Waffen sowie die Last zu nennen, die die Bundeswehr mit älterem Kriegsmaterial hat, welches für ihre Abschreckungszwecke zwar nicht mehr, zum Schutz des Kapitals und der bestehenden sozialen Verhältnisse in den Regionen der Dritten Welt aber durchaus noch brauchbar ist. In der Schrift von Albrecht/Sommer werden diese Themen, die die Industrienationen intern betreffen, nur gestreift. Albrecht hat sich aber schon in seiner vorangegangenen Dissertation intensiv damit befaßt. (Albrecht, Ulrich: Der Handel mit Waffen, München 1971. Rezensiert in: blätter des iz3w, Nr. 11/12, S. 43 ff.) Immerhin wird darauf hingewiesen, daß die verharmlosende Feststellung, der Rüstungsanteil des Produktionswertes einschlägiger Branchen in der BRD mache nur 2 % aus, keinesfalls die massiven Absatzinteressen bestimmter Produktionszweige und Betriebe verschleiern darf, bei denen der Rüstungsanteil wesentlich höher (bis zu 80 %) liegt: So bei der Flugzeugindustrie, den Herstellern schwerer Nutzfahrzeuge, den Fabrikanten von Handfeuerwaffen und den Werften.

Die Stärke der Analyse von Albrecht/ Sommer liegt darin, daß die westdeutsche Militärhilfe und der Waffenhandel nicht isoliert betrachtet werden, sondern vor dem Hintergrund des generellen sozio-ökonomischen Ausbeutungsverhältnisses zwischen Erster und Dritter Welt. Hierin liegt ein entschiedener Fortschritt gegenüber Albrechts oben genannter Dissertation, die diesen Hintergrund nicht herstellt und deshalb zu einigen im gesamten Argumentationszusammenhang allerdings marginalen Fehlurteilen kommt, die typisch für die Ideologiehaftigkeit einer am Einzelfaktum klebenden Wissenschaft sind, welche ihre Rationalität auf's Instrumentale, Technische zurückgenommen hat. Die hier zu besprechende jüngere Arbeit vermag hingegen ideologiekritische Einsichten zu implizieren und formuliert diese z.T. sogar explizit, wenn auch vorsichtig. Von ihrer soliden theoretischen Warte aus entlarvt sie zwei Arten der politischen und wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Waffenhandel: Die erste leugnet aus einem pazifistischen Mißtrauen die enge Verbundenheit von Militärhilfe und ziviler "Entwicklungshilfe" und will sich nur mit letzterer überhaupt befassen. Niemals wird sie sich dazu durchringen können, in der Unterstützung der z.B. im südlichen Afrika kämpfenden Befreiungsbewegungen nicht nur keinen moralisch verwerflichen Akt, sondern einen konstruktiven Beitrag zu sehen, um das Elend der ausgebeuteten und in ihrer Entwicklung gehemmten Völker zu beenden. Die andere, wichtigere, zählt die Militärhilfe selbstverständlich zur "Entwicklungshilfe" und sieht trotz aller gegenteiligen Erfahrungen in dem ganzen Komplex immer noch die Möglichkeit eines entscheidenden Anstoßes für den wirtschaftlichen "take-off" in der Dritten Welt, der ihre Misere beenden kann. Sie verkennt oder verleugnet, daß die sogenannte Entwicklungshilfe jedenfalls bisher selbst eine Stütze der wirtschaftsimperialistisch bedingten Stagnation gewesen ist, die die Massen der farbigen Völker immer tiefer in ihr Elend verstrickt. In diesem und nur in diesem negativen Sinne ist natürlich auch Militärhilfe "Entwicklungshilfe" und muß unserem damaligen Verteidigungsminister, heutigen Bundestagspräsidenten Kai-Uwe von Hassel Recht gegeben werden, der 1966 geschrieben hat: "Ich bin der Auffassung, daß sich Entwicklungshilfe und Ausrüstungshilfe gegenseitig ergänzen. Beide verfolgen das gleiche Ziel." (von Hassel, Kai-Uwe: Warum deutsche Ausrüstungshilfe für Afrikanische Staaten? in: Afrika heute, 7/1966, S. 93. Zitiert nach Albrecht /Sommer)

Allerdings wäre es nützlicher gewesen, wenn Albrecht/Sommer den umfassenden analytischen Rahmen nicht an den Schluß, sondern an den Anfang ihrer Untersuchung gestellt hätten. Mißverständlichkeiten und Widersprüche, die sich aus der rein immanenten Kritik an der deutschen Militärhilfepolitik ergeben, wie sie über weite Strecken des Buches durchgehalten wird, hätten dann vermieden werden können. So will es manchmal scheinen, als würden die beiden Autoren in einer technologisch-kapitalistischen Entwicklung, die die offizielle Zielprojektion der Militärhilfepolitik anvisiert und selbst der ihre fatale Praxis widerspricht, ebenfalls den Stein der Weisen erblicken. Der erste Teil dieser Besprechung, der den Gang ihrer Argumentation nachzuzeichnen suchte, vermag davon vielleicht selbst noch etwas spüren zu lassen. Erst am Ende ihrer Untersuchung wird jedenfalls vollends deutlich, daß Albrecht/ Sommer nicht nur in der Entfaltung der Produktivkräfte (Ausbau der Infrastruktur usw.), sondern vor allem in der Veränderung der globalen kapitalistischen Produktionsverhältnisse bei uns und in der Dritten Welt sowie in der Beseitigung der ungleichen Verteilung von Lebensgütern einen gangbaren Weg erkennen, um die Misere der bislang entwicklungsgehemmten Völker zu beenden.

Ein weiterer Vorzug des Buches liegt darin, daß es mit reichlichem Faktenmaterial in einem dokumentarischen Anhang versehen ist und daß seine Thesen durch konkrete Fallstudien über die westdeutsche Militärhilfe an Guinea, den Tschad und Portugal untermauert werden, was im engen Rahmen einer Rezension nicht nachzuvollziehen war. Unterhaltsam zu lesen sind die zahlreich in den Text eingestreuten Zitate bundesrepublikanischer Politiker aller Coleurs. Die reine Freude wird allerdings durch einige editorische Ungeschicklichkeiten getrübt. So befindet sich z.B. auf S. 74 eine politische Karte der Staaten Afrikas im Jahre 1970, auf der nur die Landesgrenzen und die Hauptstädte eingezeichnet sind. Informativer wäre es, wenn zumindest die Empfänger westdeutscher Militärhilfe, die Staaten, zu denen die BRD und die DDR diplomatische Beziehungen unterhalten, die Gebiete des ehemaligen französischen und des ehemaligen englischen Kolonialreiches sowie die von weißen, rassistischen Regimen und von der Kolonialmacht Portugal beherrschten Territorien in irgendeiner Form kenntlich gemacht worden wären. Auch hätte man sich zur leichteren Benutzung ein ausführlicheres Inhaltsverzeichnis und ein Stichwortregister gewünscht.

hpö

ZUSAMMENSTELLUNG:
DEUTSCHE WAFFENLIEFERUNGEN AN PORTUGAL

1. 1961/62: 8 Patroullienboote der Bayrischen Schiffsbaugesellschaft (Revista de Marinha, Portugal, 9/1965)
2. 1961 ff.: Mehr als 50 Leichtflugzeuge DO 27 A-4 (U. Albrecht u.a. Deutsche Waffen für die Dritte Welt, Hamburg 1972, S. 31)
3. 1965: 60 Düsenjäger Canadair F-86 Sabre (Die Zeit 1.9.67, Spandauer Volksblatt 3.4.65)
4. 1966: 40 Kampfflugzeuge Fiat G-91 R-4, die heute in Mozambique u.a. auf dem Flugplatz Beira stationiert sind (FAZ 29.1.66; Wehr und Wirtschaft 10/1966; Die Weltwoche 23.8.68; Diario de Noticias, Portugal, 29.6.71)
5. 111 Fouga Magister Flugzeuge. Brasilien fungierte als Zwischenhändler. Die brasilianische und die deutsche Regierung leugnen die Transaktion (Correira de Manha und Tribuna de Imprensa, beide Brasilien, 27.10.66); Stationierung in Angola (Deutsches Panorama 19.1.67)
6. Eine nicht näher bekannte Anzahl von Tanks (M-41 und M-47) sowie Artillerie, Unimogs und schwere Transportfahrzeuge (Defecea Nacional, Portugal, 1-2/66)
7. 1968: 12 Nord 2502 D "Noratlas"-Transportflugzeuge. Heute Transportmaschinen für Fallschirmjäger Batalhao No. 21 in Angola, Bat. 31 in Mozambique (Angola-Comité, Amsterdam)
8. bis 1969: 110 Dornier DO-27 (48 Stück von der Fa. Dornier, 62 von der Bundeswehr geliefert), in "Esquadrilhas de Ligacao" zur Guerillabekämpfung eingesetzt (Cockpit 3/1968)
9. ca. 10 Hubschrauber Saro Skeeters (Cockpit 9/1969)
10. 1969/70: 3 Corvetten von Blohm und Voss, Hamburg (Neue Zürcher Zeitung 6.7.69). Mindestens ein Schiff wurde bereits in die angolesische Marine eingegliedert (The Star, Johannesburg, 19.9.70; Diario de Noticias, Portugal, 8.5.71 und 19.9.71)
11. G-3 Gewehre werden von Portugal in Lizenz hergestellt
12. ca. 30 weitere DO-27 und ca. 6 Noratlas, die aufgrund der aufgetragenen Nummern Anfang 1970 an Portugal geliefert worden sein müssen und noch die deutschen Tarnfarben trugen (Angola-Comité, Amsterdam)
13. 1971: mindestens drei Noratlas (Gespräch AGM-Komitee - Auswärtiges Amt)

Zusammenstellung:

Deutsches Komitee für
Angola, Guinea-Bissao
und Mozambique (AGM),
53 Bonn

Ausländergesetz

Zwei Dokumentationen

1. Ausländerstudium und Ausländergesetz

   Dokumentation zum Ausländergesetz, Aufenthaltserlaubnis, politische Betätigung ausländischer Studenten, zum Asylrecht

   ausführliche Literaturliste

   IFK der ESG, Köln
   Projektbereich Internationalismus - AStA Köln
   Bestellungen an: ESG Köln
   5 Köln 41
   Bachemerstr. 27

2. Ausländergesetz - Internationalismus Materialien

   Kampf der Illegalisierung der Demokratischen und Sozialistischen Bewegung
   Dokumentation der Ausländerrechtlichen Bestimmungen (Verwaltungsvorschrift, Versammlungsgesetz, Vereinsgesetz, Verfassungs-Schutz-Änderungsgesetz
   Anhang: Zur sozialen und ökonomischen Lage in Persien

   Bestellungen an: SVI
   56 Wuppertal - Barmen
   Friedrich-Engels-Allee 164 a

Medizin in der Dritten Welt

Medizin in Angola

Seit 1961 kämpft das angolesische Volk unter Führung der MPLA (Movimento Popular de Libertaçao de Angola) um seine Befreiung vom Joch des portugiesischen Kolonialismus. In 400 Jahren Kolonialherrschaft hat zwar die portugiesische Herrscherklasse mit der Entvölkerung des Landes durch den Sklavenhandel und dem Ausverkauf seiner Bodenschätze an die Westmächte, der in den letzten Jahren seinen Höhepunkt erreichte, sehr viel verdient, das angolesische Volk aber ist ärmer als je zuvor. Erst seit die Befreiungsfront Teile des Landes befreit hat und in diesen Gebieten Wirtschaft, Erziehung und Gesundheitswesen mit dem Volk und für das Volk aufbaut, zeichnen sich Fortschritte ab. Portugal ist als armes Land von der wirtschaftlichen Ausbeutung seiner Kolonien abhängig und bekämpft die drei Befreiungsfronten MPLA (Angola), PAIC (Guinea-Bissao) und FRELIMO (Moçambique) in einem blutigen Krieg, der die Hälfte des Budgets verschlingt. Dabei wird es von den NATO-Staaten mit Material und von Südafrika dazu noch mit Truppen unterstützt.
So kommt es, dass Napalm, Herbizide und Entlaubungsmittel nach amerikanischem Rezept (siehe Vietnam) eingesetzt werden. Das bedeutet für die Zivilbevölkerung, die davon am meisten betroffen wird, Hungersnöte, Epidemien und Verletzungen.

Die Medizin der Portugiesen

Die Aktivität eines portugiesischen Arztes, der in Angola tätig ist, ist aufgeteilt in die Arbeit im Spital, in seiner Praxis und in seinen privaten Unternehmungen (Industrie, Minen usw.). Auch die Militärärzte beziehen einen Teil ihres Einkommens aus privaten Geschäften. Das Monatseinkommen eines Arztes schwankt so zwischen 7000 und 21 000 Schweizer Franken.
90 % der Ärzte arbeiten in den Städten. Wegen der weissen Mehrheit in den Städten kommt man so auf ein Verhältnis von 1:1000 (ein Arzt für 1000 Einwohner) für die Weissen, auf 1:75000 für die Schwarzen. Die Rate der Kindersterblichkeit beträgt bei den Weissen 4,5 %, bei der afrikanischen Bevölkerung aber 12,5 %. Die besten Geräte für Diagnostik und Pflege sind natürlich auf die Zentralspitäler und Privatkliniken konzentriert, die auch von einem qualifizierten Personal betreut werden und die schon aus materiellen Gründen nur den Weissen zugänglich sind.
In den Landspitälern fehlen nicht nur qualifiziertes Personal, sondern auch die elementarsten klinischen Geräte
Trotz gewisser Bemühungen der Kolonialbehörden, den Befreiungswillen des angolesischen Volkes durch kleine Reformen zu schwächen, gilt für den Gesundheitsdienst weiterhin, dass er — was die afrikanische Bevölkerung betrifft — gänzlich unzureichend ist und nach selektiven und rassistischen Prinzipien funktioniert.
So erklärt sich die Tatsache, dass in Angola ein Schwarzer eine Lebenserwartung von 30 bis 35 Jahren hat, ein Weisser aber eine von 60 Jahren.

Der Gesundheitsdienst in den befreiten Gebieten der SAM (Serviço d'Assistência Médica)

Die MPLA hat für die Bevölkerung einen Gesundheitsdienst unter der Bezeichnung SAM (medizinischer Hilfsdienst) eingerichtet. Dieser begann seine Tätigkeit im Jahre 1963, als der bewaffnete Kampf in Angola sich ausweitete.
Wie die MPLA-Streitkräfte ist auch der SAM in Regionen, Zonen und Sektoren eingeteilt. Die befreiten Regionen Angolas umfassen mehr als einen Drittel des Landes; sie entsprechen der Fläche von Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Italien zusammen.
Jede Region ist in eine Anzahl Zonen aufgeteilt, die wieder in Sektoren unterteilt sind. Die Region wird von einem Direktor geleitet, meist ein Arzt oder medizinischer Assistent, die Zone untersteht einem medizinischen Assistenten oder einer diplomierten Krankenschwester, der Sektor einer Krankenschwester oder Hilfsschwester. Die Kader des SAM sind Guerilleros, die an den Kämpfen gegen die portugiesische Kolonialarmee teilnehmen.
Erschwerend wirkt sich der Mangel an Medikamenten und medizinischen Instrumenten sowie an qualifiziertem medizinischem Personal aus. Anfangs 1971 hatte der SAM folgende Mitarbeiter: 6 Ärzte, 2 medizinische Assistenten, 7 diplomierte Krankenschwestern, 1 Pharmazeut, 18 Erste-Hilfe-Assistenten, 2 Laboranten, 3 Hilfspfleger, 2 Hebammen.
Das Bedürfnis nach Ausbildung von Fachkräften ist sehr gross. Seit 1969 gibt es deshalb eine Ausbildungsstätte für Grundkenntnisse der medizinischen Praxis, um diesen Bedarf zu decken. Gelehrt wird in diesem Kurs Anatomie, Erste Hilfe, Physiologie, Pathologie und Hygiene. 1969 wurden 8 Frauen und 8 Männer an dieser Schule ausgebildet.
Seit 1963 existiert in der VR Kongo (B) ein Spital des SAM. Ein weiteres mit zirka 30 Betten ist im Innern der befreiten Gebiete im Entstehen begriffen. Entlang der Grenzen zu den Nachbarstaaten gibt es getarnte Feldlazarette; die im Innern sind ständig der Gefahr ausgesetzt, von den Portugiesen zerstört zu werden, da die portugiesische Luftwaffe sie systematisch bombardiert. Bei einem solchen Angriff kam auch Dr. Américo Boavida, Facharzt für Gynäkologie und Pionier des medizinischen Hilfsdienstes, ums Leben. Jetziger Leiter des SAM ist Dr. Eduardo Santos. Wie dieser sagt, stellen sich dem SAM beim Aufbau eines den Bedürfnissen des angolesischen Volkes angepassten Gesundheitswesens sehr grosse Probleme. Er steht vor zwei riesigen Aufgaben: Pflege von Kriegsverletzten, Zivilisten und Guerilleros einerseits, Aufbau einer elementaren medizinischen Struktur in einem Gebiet, das vorher gar keine oder fast keine solche hatte und in dem die Bevölkerung an chronischer Unterernährung leidet, andererseits.

Angola:

Fläche: 1 247 700 km²
Bevölkerung: 5 350 000 Einwohner, davon 4 750 000 Angolesen, 360 000 Europäer, davon 80 000 Soldaten.
60 % der Europäer und 10 % der Angolesen leben in den Städten.
Über 99 % der schwarzen Bevölkerung sind Analphabeten.
85 % der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt.
Wichtigste Ausfuhrprodukte: Kaffee, Sisal, Diamanten, Erdöl, Mangan, Baumwolle.
98 % der Kapitalien, die in Angola investiert sind, kommen aus Belgien (55 %), USA (20 %), Südafrika, England (je 10 %), BRD (5 %).

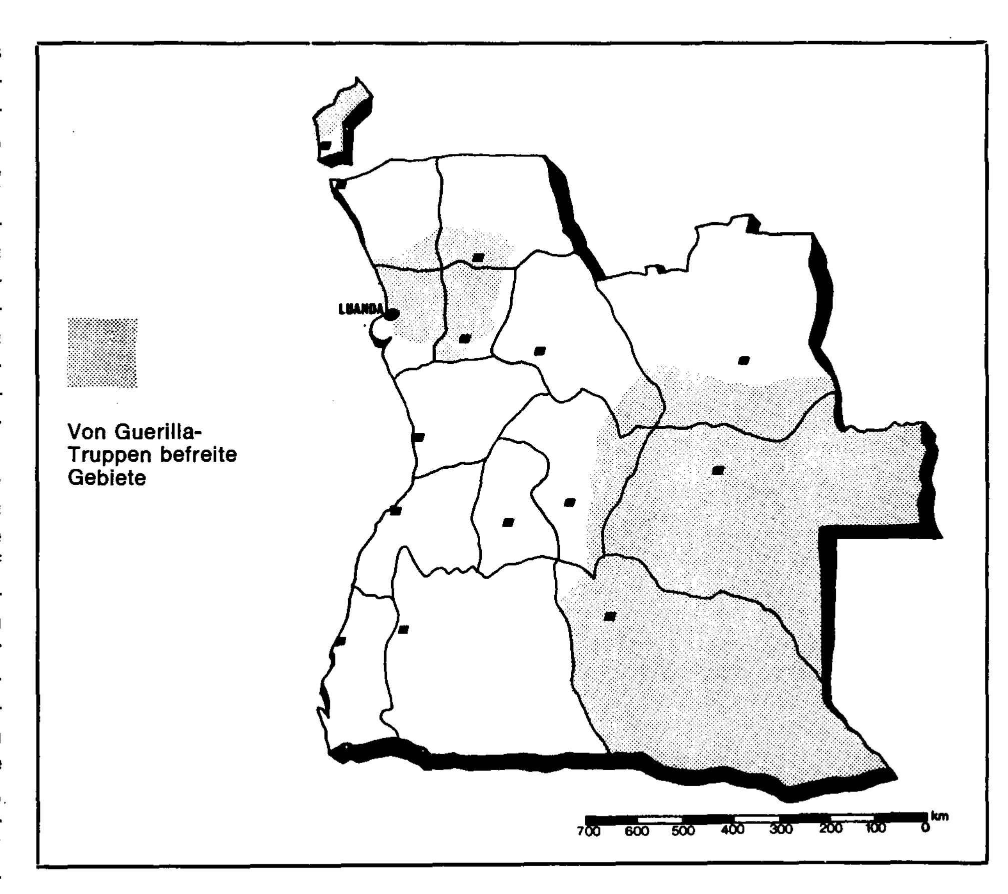
Viele Krankheiten wurden durch das Elend, die Unwissenheit und die Lebensbedingungen unter der portugiesischen Kolonialherrschaft hervorgerufen, wie z. B. Krätze, Blenorrhagie, Tetanus, Kwashiokor usw. Sehr verbreitet sind Malaria, Ruhr, Schlafkrankheit, Tuberkulose, Hautkrankheiten mit schweren Ulcera; Saisonkrankheiten wie Varizellen, epidemische Conjunctivitis, Virushepatitis und eine Reihe von zahlreichen Parasiten-Diarrhöen erhöhen die allgemeine Sterblichkeit beträchtlich. Schmarotzerkrankheiten wie Amöbenruhr tre- t·· auch häufig auf.

Die Lösung der medizinischen Probleme ist in Angola wie in anderen Ländern der Dritten Welt keine rein finanzielle oder organisatorische Frage. Der Kampf um eine optimale Gesundheitsversorgung in Angola ist nicht zu trennen vom Kampf gegen den Kolonialismus. Der medizinische Fortschritt steht in direkter Korrelation mit der politischen Emanzipation der Massen. Dies beweist auch die Tatsache, dass die medizinische Versorgung des SAM eine Medizin ist, die sich notwendigerweise an den Bedürfnissen der Massen orientiert und sich qualitativ von der Medizin der Kolonialisten unterscheidet. Die Beseitigung der Massenkrankheiten ist unmöglich ohne eine Verbesserung des Ernährungs- und Bildungsstandes der Bevölkerung. Deshalb reorganisiert die MPLA in den befreiten Gebieten die Wirtschaft und richtet Schulen für Kinder und Erwachsene ein. Auf der Basis des dadurch neu entstandenen Bewusstseins der Massen kann der SAM seine Kampagnen zur Krankheitsverhütung (z. B. Schutzimpfungen [Pocken, Tetanus], Aufklärung über Hygiene) und seine Ausbildungskurse durchführen.

Endziel des SAM ist ein Gesundheitsdienst, der — wie die Befreiungsfront — vom taktischen Standpunkt aus völlig dezentralisiert und so weit als möglich autark, vom strategischen Standpunkt aus zentralisiert sein soll.

Das medizinische Personal trägt, sobald es ausgebildet ist, eine viel grössere Verantwortung als in Europa. So muss eine vom SAM ausgebildete Schwester fähig sein, sozusagen selbständig in dem ihr zugeteilten Gebiet jede Art von medizinischer Hilfe zu gewähren, Präventivmethoden einzuführen und eine primäre medizinische Ausbildung der Bevölkerung zu organisieren.

Ein weiteres neues Element ist die Verbindung von traditioneller Volksmedizin mit moderner westlicher Medizin. Über



die traditionelle Medizin sagt Dr. Mwambaka, ein anderer Arzt des SAM: «Sie stellt eine Sammlung von allgemein verbreiteten Kenntnissen dar und ist in diesem Sinn eine ‚demokratische' Medizin. Wir müssen dieses medizinische System akzeptieren, da kein Zweifel daran besteht, dass die Leute darauf vertrauen und dass die, welche sie praktizieren, Kenntnisse über Krankheiten haben, die den nach westlichem Muster ausgebildeten Ärzten fehlen. Es ist arrogant von den westlichen Medizinern, wenn sie behaupten, sie hätten von den Traditionalisten nichts zu lernen.»

Zur künftigen Entwicklung der Medizin und der öffentlichen Gesundheit in Angola meinte Dr. Mwambaka: «Es ist klar, dass die Zukunft der Medizin in meinem Land nach der Unabhängigkeit die Siege der Revolution widerspiegeln wird. Wir werden die kolonialen Funktionen und Ziele der Medizin, wie sie jetzt existiert, die in erster Linie den Kolonialisten dient, nicht akzeptieren. Medizin muss Medizin für alle Leute werden, sie muss jedermann zugänglich sein. Andererseits sind die Ärzte und das übrige medizinische Personal immer in den Städten konzentiert, was die öffentliche medizinische Hilfe von der grossen Mehrheit des Volkes trennt. Dies wird nich so sein. Heute kämpft das Volk für eine bessere Zukunft. Wir werden nicht zulassen, dass es nach dem Sieg um die Errungenschaften gebracht wird, für die es gekämpft hat.»

Gruppe Angola (Dr. Kohn)

Entnommen aus:
INTERMED:
Medizin und Dritte Welt
Nr. 9, Februar 72

Spenden für die medizinischen Dienste der Befreiungsbewegungen:
Spendenkonto für schnelle medizinische Hilfe:

Pro Afrika
Deutsche Bank Beuel
099 22 22/02
Postscheck Köln
208 100

Stichwort für beide Konten:
Medikamentenhilfe Südl. Afrika

AUFRUF ZUM PORTUGAL-TRIBUNAL

Die großen Kolonialreiche haben sich nach dem 2. Weltkrieg aufgelöst. Die meisten der ehemaligen Kolonialländer sind heute unabhängige Staaten - allerdings ist diese Unabhängigkeit meistens nur formal.

Einige Völker kämpfen aber auch heute noch gegen den Kolonialismus um nationale Selbstbestimmung. Dies sind nicht nur Völker, die von einer kleinen weißen Oberschicht im Lande unterdrückt werden, wie in Südafrika, Namibia und Rhodesien, sondern vor allem auch die Völker von Angola, Mozambique und Guinea-Bissao, die noch unter direkter Kolonialherrschaft Portugals stehen.

Um diese Völker in ihrem Befreiungskampf, der in einem größeren politischen, uns unmittelbar betreffenden Zusammenhang steht, zu unterstützen, rufen wir zu einer Kampagne gegen diese noch bestehende Kolonialherrschaft auf, die einen Höhepunkt in einem Portugal-Tribunal im Oktober 1972 haben soll.

Lissabon führt den "Vietnamkrieg Afrikas" im Interesse der imperialistischen Natomächte - einen mörderischen Krieg gegen die von der FRELIMO, MPLA und PAIGC angeführten Befreiungsbewegungen der afrikanischen Völker.

Die portugiesische herrschende Klasse ist zur Erhaltung ihrer Herrschaft auf die Ausbeutung der Kolonien angewiesen und führt diesen Krieg daher mit allen Mitteln:
FOLTER gegenüber allen, die im Verdacht stehen, mit den Befreiungsbewegungen zu sympathisieren;
NAPALM zur völligen Zerstörung "verdächtiger" Dörfer und Ausrottung ihrer Bewohner;
PFLANZENVERNICHTUNGSMITTEL, die die Ernährungsgrundlagen in den bereits von der Kolonialherrschaft befreiten Gebieten zerstören sollen.

Dieser Krieg ist Völkermord.

Portugal, selbst eines der kleinsten, ärmsten und zurückgebliebensten Länder Westeuropas, wäre niemals in der Lage, den sich immer mehr ausweitenden Kolonialkrieg weiterzuführen, wenn nicht die kapitalistischen Industriestaaten es hierbei direkt oder indirekt unterstützten.

Portugal ist Mitglied der NATO. Im Rahmen dieses Bündnisses erhält es erhebliche Militärhilfe. Allen Paktstaaten - auch der Bundesregierung - ist bekannt, daß die Militärhilfe der Unterdrückung der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien, wie auch der Bevölkerung Portugals selbst, dient. Trotzdem helfen sie Portugal weiter, seinen Terror auszuüben. Warum?

Der Grund hierfür ist der gleiche, der es Südafrika ermöglicht, Namibia bis heute trotz aller UN-Resolutionen unter Apartheidsherrschaft zu halten; der es der rhodesischen Oberschicht gestattet, die Afrikaner in ihrem Lande weiter zu entrechten und zu unterdrücken. Der gleiche Grund ließ Frankreich seine ehemaligen Kolonialgebiete in enger Abhängigkeit halten und veranlaßte es, wo nötig, wie im Tschad, Militär einzusetzen, um terroristischen, doch ihm genehmen Regierungen die Macht zu sichern.

Die riesigen Rohstoffquellen Afrikas, seine billigen Arbeitskräfte, die Investitionsmöglichkeiten in diesem großen Kontinent sollen weiterhin den westlichen Industriestaaten möglichst ohne Beschränkungen offenstehen.

Dazu eignet sich in den port. Kolonien am besten die Form offener Kolonialunterdrückung (keine freie Lohnarbeit, stattdessen Kontraktarbeitssystem ...). In Südafrika und Rhodesien dienen dazu Apartheidsregimes, in vielen anderen afrikanischen Ländern bedient man sich neokolonialer Bourgeoisien (die formale Aufhebung des kolonialen Status der ehemaligen afrikanischen Kolonien führte meist nicht zu einer wirklichen Selbständigkeit dieser Völker, sondern hielt sie in Abhängigkeit von den westeuropäischen Staaten und - zum Teil in Konkurrenz dazu - von den USA.

Erst aus diesem über den eigentlichen Fall Portugal hinausgehenden Blickwinkel wird verständlich, was heute in Afrika geschieht: aus dem alten Kolonialismus wächst der Neokolonialismus, der sich neuer Formen der direkten oder indirekten Herrschaft bedient. Aus den alten Imperien wächst der moderne Imperialismus der Gegenwart.

Ein Imperialismus, der mit der wachsenden Verflechtung Westeuropas und seiner Monopole seine Ambitionen und seine Aggressivität steigert. Die Anklage gegen Portugal muß so zur Anklage gegen ein System der Ausbeutung und Unterdrückung der systematisch unterentwickelten "Dritten Welt" werden, der Befreiungskampf zum antiimperialistischen Kampf. Der Fall Portugal wird zum Exempel.

Wenn wir in der Bundesrepublik eine Kampagne gegen die kolonialistische Unterdrückung und gegen die Ausbeutung in Afrika führen, so tun wir dies nicht allein aus Solidarität mit den um Befreiung kämpfenden Afrikanern und

den in ihrem eigenen Land diktatorisch regierten Portugiesen; diese Verhältnisse betreffen uns auch unmittelbar, und zwar auf zweierlei Weise:

1. Ein Staat, der andere Völker unterdrückt und ausbeutet, wendet seine Unterdrückungsmaßnahmen stets auch im Innern an. Dies wird gegenwärtig besonders erkennbar in dem Zerfall der repräsentativen Demokratie in den USA, wo durch Manipulation der öffentlichen Meinung wie auch durch brutalen Einsatz der Polizei gegen die schwarze und weiße Opposition, die im Ausland praktizierte Unterdrückung sich zur Herrschaftspraxis im Inland erweitert. Aber auch in dem sich integrierenden Westeuropa ist dieser Mechanismus wirksam. Griechenland, die Türkei, Spanien und nicht zuletzt Portugal haben bereits terroristische Diktaturen. Für die anderen westeuropäischen Staaten sind umfassende Notstandsgesetze vorbereitet, durch die die formale bürgerliche Demokratie jederzeit außer Kraft gesetzt werden kann. Auch in der Bundesrepublik wird der Kampf gegen oppositionelle Kräfte verschärft, nicht nur durch Berufsverbot, Diffamierung und Einschüchterung, sondern auch verstärkten Einsatz direkter physischer Gewalt.

2. Die neokolonialistische Politik in Afrika, an der Westeuropa führend beteiligt ist, hat für uns folgende Auswirkungen: Kapitalexport, Auslagerung von Produktionsbetrieben und Forcierung der Rüstung.

Kapitalexport bedeutet, daß Kapital, zuzüglich der Steuervergünstigungen, die die Allgemeinheit zu zahlen hat, zur Ausbeutung anderer Völker dient. In Afrika dient das exportierte Kapital der Installierung neuer, aber auch der Auslagerung bei uns bestehender Produktionen, weil in afrikanischen Ländern die Arbeitskräfte billiger und die Sozialleistungen viel geringer sind. Diese neuen Produktionsstätten befinden sich unter der Kontrolle der großen Konzerne, aber außerhalb des Einflußbereiches der Arbeiter und ihrer Organisationen in den westeuropäischen Industriestaaten. Wird hier gestreikt, können die Konzerne dort die Produktion verstärken und die Streiks unterlaufen. Die Auslagerung der Produktion kann so gesteuert werden, daß es stets genug Arbeitslose gibt, um den Arbeitenden den Kampf um Lohn und soziale Verbesserungen zu erschweren. Die USA, der größte Kapitalexporteur der Welt, zeigen wiederum die Richtung der Entwicklung an: Es gibt 5 Mill. Arbeitslose; etwa ein Viertel der Bevölkerung lebt unterhalb der offiziellen Armutsgrenze!

Wird aber im Ausland investiert, so werden die Herrschenden diese Investitionen mit allen Mitteln sichern. Das heißt: verstärkte Rüstung und verstärkte Rüstungshilfe, um die abhängigen Regierungen gegen die um Befreiung kämpfende afrikanische Bevölkerung an der Macht zu halten. Auch steigende Rüstung geht uns unmittelbar an. Denn Rüstung muß vom Steuerzahler bezahlt werden. Steigende Rüstungskosten bedeuten fehlende Gelder für die dringenden, dem Allgemeinwohl dienenden Investitionen. Außerdem wird forcierte Rüstung in Westeuropa den militärisch-industriellen Komplex so stärken, daß seine Interessen zunehmenden Einfluß auf die Politik Westeuropas nehmen werden. Das aber bedeutet nicht Zunahme an Freiheit und Demokratie, sondern wachsende Unterordnung unserer Bedürfnisse unter angebliche militärisch-industrielle Notwendigkeiten.

Die sich immer stärker entfaltende imperialistische Politik der westeuropäischen kapitalistischen Staaten trifft uns alle. Deshalb rufen wir alle zur Mitarbeit an der Kampagne gegen die port. Kolonialherrschaft auf, um an ihr exemplarisch das ganze System des Imperialismus begreiflich zu machen und Wege zu seiner Bekämpfung zu diskutieren.

Wir fordern Euch auf, in allen Teilen der Bundesrepublik Veranstaltungen und Demonstrationen zu diesen Fragen zu organisieren und Euch auf die Teilnahme am Portugal-Tribunal, auf dem diese Politik untersucht und Strategien dagegen diskutiert werden sollen, vorzubereiten.

Unsere Parolen lauten:

- Aktive Solidarität mit den afrikanischen Befreiungsbewegungen FRELIMO, MPLA und PAIGC
- Verhindert die Unterstützung der portugiesischen Kolonialherrschaft durch die westeuropäischen Regierungen
- Solidarität mit dem portugiesischen Volk und Zusammenarbeit mit den progressiven portugiesischen Arbeitern in der BRD
- Zusammenarbeit aller progressiven Kräfte gegen das imperialistische System und seine Unterdrückungsmaßnahmen.

Aktion Dritte Welt Düren
Aktion Dritte Welt Freiburg
Aktion Dritte Welt Viersen
Aktionskomitee Afrika Bielefeld
Aktionskreis Dritte Welt Dortmund
Cabora Bassa Gruppe Frankfurt
Deutsches Komitee für Angola, Mozambique und Guinea-Bissao
Michael Cleve für die ESG, Gießen
Komitee Südliches Afrika Berlin
Kritischer Katholizismus
Solidaritätskomitee Freies Afrika München
Sozialistisches Büro Offenbach

Südliches Afrika
HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Zusammengestellt aus "Facts & Reports", Presseausschnittsdienst des Angola-Comité Amsterdam, Da Costastraat 88. (In diesem zweiwöchentlich erscheinenden Presseausschnittsdienst werden Artikel aus der gesamten englisch- bzw. französischsprachigen Weltpresse über das südliche Afrika und spezielle über die port. Kolonien zusammengestellt, sowie wichtige Informationen aus der portugiesischen Presse und aus portugiesischen Rundfunksendungen übersetzt. Er kann für 35,- Holl. Gulden beim Angola-Comité abonniert werden.)

ANGOLA

UNITA: Einsatz im MPLA-Gebiet durch die Portugiesen

Ein westdeutscher Journalist, Rolf-Henning Hintze (Frankfurter Rundschau) veröffentlichte in der "Times of Zambia" (23.3.72) einen Augenzeugenbericht über den Krieg in Angola. Er schrieb, daß die Portugiesen Soldaten der UNITA-"Befreiungsbewegung" in die von der MPLA befreiten Gebiete per Flugzeug infiltrieren ließen, um Kämpfe zwischen MPLA und UNITA anzuheizen. MPLA-Führer erklärten diese Versuche für gescheitert, da die UNITA wenig Einfluß in Angola habe und die Afrikaner wüßten, daß der UNITA-Führer, Jonas Savimbi, mit den Portugiesen zusammenarbeitet. (Anmerk. d. Red.: zur Einschätzung der verschiedenen Befreiungsbewegungen in Angola vgl. den Aufsatz "Wer führt den Kampf in Angola an", für DM -,50 beim iz3w erhältlich).

Hintze berichtete weiter, die Portugiesen befehlen zwangsrekrutierten Afrikanern, die Maniokernte anderer Afrikaner zu zerstören, um das Volk auszuhungern. Dies soll eine Alternative zur Zerstörung der Pflanzen mittels Herbiziden sein, da letztere Maßnahmen Portugals Ansehen in der Weltöffentlichkeit erheblich geschwächt hat (hierzu siehe auch: iz3w Nr. 9, S. 2-4 und 11/12, S. 1). Da die Maniokpflanzen drei Jahre brauchten, bis sie wieder nachwachsen, sind viele Afrikaner jetzt zum Anbau von Mais übergegangen.

Dorfbewohner, die Agrarprodukte der MPLA verkaufen wollten, sind erschossen worden. Die Portugiesen erzählten dann den anderen Dorfbewohnern, ihre Freunde seien von MPLA-Leuten ermordet worden. Nach Angaben Hintzes organisieren auch viele Weiße in den portugiesisch beherrschten Gebieten Untergrundaktionen.

Flüchtlinge in Malawi

Das Problem der aus Mozambique nach Malawi geflohenen Menschen wird ständig größer. "The Guardian" schätzt ihre Zahl auf ca. 5 000, hauptsächlich Frauen und Kinder. Malawi nimmt die Flüchtlinge auf und zahlt ihnen eine kleine Ansiedlungsbeihilfe; die Portugiesen bezahlen für sie Lebensmittel. Nichtsdestoweniger haben sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern infolge dieses Problems verschlechtert. (Afrika Digest, Febr. 1972)

Straßenbau: Kampfmittel gegen Guerillas

50 Gesellschaften und Konzerne bewerben sich um den Bau von über 1 000 km Straßen in Zentral- und Nordost-Mozambique. Unter den Bewerbern sind portugiesische, deutsche, englische, italienische, US-amerikanische und südafrikanische Firmen. 1965 hatte Mozambique nur 850 Meilen asphaltierte Straßen. 1967 wurden nur 51 Meilen dazugebaut. Seitdem bauen die Portugiesen schneller, da sie die Freiheitskämpfer daran hindern wollen, in den Straßen Minen zu legen. (Afrika Dev., März 1972)

Flüge nach Rhodesien

Die BOAC wird demnächst ihre Flüge nach Rhodesien wieder aufnehmen. Andere Fluggesellschaften, die wie BOAC nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens ihre Flüge eingestellt hatten, werden wahrscheinlich nachziehen. (Wings over Africa, S.A., Jan. 1972)

Waffen für Südafrika

Südafrika will von Großbritannien Waffensysteme, Raketen und elektrische Apparate zur Ausrüstung von 6 Korvetten kaufen, die Südafrika zu-

sammen mit Portugal baut. Der Auftrag könnte Großbritannien mehr als 2 Mio Pfund einbringen. Eine endgültige Entscheidung über die Annahme dieses Antrags wird innerhalb der nächsten Monate erwartet. Südafrikanische Experten besichtigten letztes Jahr alle lieferbaren britischen Waffensysteme. Bei der Wahl der Rakete wird man wahrscheinlich die "Seacat" von Short Brothers und Harland of Belfast bevorzugen. (Sunday Telegraph, 13.2.1972)

Weltkirchenrat gegen Cuneneprojekt

Der Weltkirchenrat verurteilte alle Firmen, die sich am Cuneneprojekt beteiligen (u.a. Rio Tinto Zinc, die englische Hill Samuel Group und George Wimpey). Der Rat verwarf ebenfalls jegliche Verständigung zwischen der EWG und Portugal bzw. Südafrika. (Anti-Apartheid News, April 1972)

Unterstützung für die Befreiungsbewegungen

Die dänische Regierung unterstützt die afrikanischen Befreiungsbewegungen mit 350.000 Pfund und zahlt keine Kredithilfe mehr für dänische Exporte in die portugiesischen Kolonien. Daraufhin rief die portugiesische Regierung ihren Botschafter in Kopenhagen nach Lissabon zurück; die portugiesische Presse attackierte heftig die dänische Regierung. (Zambia Daily Mail, 31.3.1972)

Die norwegische Regierung unterstützt die Befreiungsbewegungen mit fast 70.000 Pfund. (Daily Telegraph, 27.3.1972)

Caetano: Redakteure in Portugal sind Freiheit nicht gewöhnt

Lissabon (AP)

Der portugiesische Ministerpräsident Caetano hat die Beibehaltung der Pressezensur in seinem Lande mit dem anhaltenden Guerillakrieg in den afrikanischen Überseeterritorien Portugals begründet. In einer Rundfunkansprache bezeichnete der Regierungschef die in der vergangenen Woche erlassenen neuen Zensurbestimmungen als „Übergangsmaßnahmen in einer schwierigen Phase des nationalen Lebens". Eine Vorzensur von Druckwerken sei erforderlich, so lange die gegenwärtigen Verhältnisse in den Überseeprovinzen anhielten. Die portugiesische Presse sei fast ein halbes Jahrhundert lang einer scharfen Zensur unterworfen gewesen und ihre Redakteure seien die Freiheit nicht gewohnt. Außerdem ermangele es ihnen an Verantwortungsbewußtsein. Der Ministerpräsident sagte ferner, die Moral in der Heimatfront sei genauso wichtig wie die Kampfkraft der Soldaten. So lange starke Kräfte im Ausland an der Unterminierung des portugiesischen Widerstandes arbeiteten, sei eine sofortige und völlige Aufhebung der Zensur nicht möglich.

Süddeutsche Zeitung, 13.5.72

ddp 28 al

US-Anklage wegen Verletzung des Rüstungsembargos für Portugal

Washington, 3. Mai (afp/ddp).-
Die Justizbehörden der USA haben am Dienstag ein Verfahren gegen einen portugiesischen und zwei amerikanische Industrielle wegen versuchter Verletzung des Ausfuhrverbotes für Rüstungsgüter an Portugal eingeleitet. Den drei Angeklagten, ehemaligen Angestellten der "Cadillac gage corporation" in Grosse Point (Michigan), wird vorgeworfen, sie hätten versucht, dem Verteidigungsministerium in Lissabon ohne Exportlizenz Pläne für ein amerikanisches Amphibienpanzerfahrzeug zu liefern. Dieser von der "Cadillac gage"-Gesellschaft gebaute Panzerwagen vom Typ xm-706 wird von den amerikanischen Streitkräften in Vietnam eingesetzt. Den drei Geschäftsleuten Joao Battiate Donas-Botto (50), Paul Norton van Hee (44) und Gerald Milton Larson (41) droht eine Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis und eine Geldbuße von 10 000 Dollar.

ddp 28 lei wlt 3.5.772 0427
(ddp = Deutscher Depeschendienst)

ap 195 Ausland

Kinderarbeit in Südafrika?

London, 16. Mai (ap)
Im britischen Oberhaus hat am Dienstag Lord Brockway von der Labour-Partei den Vorwurf erhoben, daß in Südafrika schon achtjährige afrikanische Knaben zur Arbeit auf landwirtschaftlichen Betrieben in der Nähe von Johannesburg verpflichtet würden. "Ist das keine Kindersklaverei und keine Angelegenheit, die der Menschenrechtskommission zur Kenntnis gebracht werden sollte?", fragte Lord Brockway. Nach seinen Angaben können die betroffenen afrikanischen Jungen keine Schule besuchen, weil die Eltern nicht in der Lage seien, das Schulgeld zu bezahlen. Staatsministerin Baroness Tweedsmuir vom britischen Außenministerium sicherte eine Untersuchung der Anschuldigungen zu.

ap 195/bs/2334/16. Mai 72

Kaffee für Europa heisst Blut für Angola

1

Vorbemerkung der Redaktion

Im Februar dieses Jahres führte das holländische Angola-Comité eine erfolgreiche Boykottaktion gegen den aus Angola importierten Kaffee durch (vgl. "blätter des iz3w", Nr. 15, S. 8). Im folgenden drucken wir einen Teil der Analyse ab, die die Grundlage für diese Boykottaktion bildete. Die gesamte Analyse wird zusammen mit der Beschreibung und Auswertung der Aktion als Sondernummer der "Entwicklungspolitischen Korrespondenz" veröffentlicht (2 Hamburg 13, Postfach 8068).

Obwohl wir Boykottaktionen prinzipiell kritisch gegenüberstehen - zum Schwerpunkt einer Strategie gemacht, können sie glauben machen, eine Überwindung des kapitalistischen Systems sei durch Umorientierung der Konsumenten am Markt möglich, womit eine Fehleinschätzung der wahren Ursachen der Ausbeutung hier und in den Ländern der Dritten Welt hervorgerufen und durch die Förderung eines falschen Bewußtseins der Weg zu ihrer Überwindung erschwert wird -, halten wir in diesem speziellen Fall den Boykott für eine wertvolle Unterstützung der Befreiungsbewegungen: einerseits schadet er den afrikanischen Kaffeearbeitern nicht, andererseits wird der portugiesische Kolonialismus durch den Verlust des holländischen Marktes m a s s i v geschwächt.

I. Angola, eine portugiesische Kolonie

Angola ist eine portugiesische Kolonie im südlichen Afrika und wird von 5 Mill. Afrikanern bewohnt. Aufgrund der Größe Angolas sollte man eine höhere Bevölkerungszahl erwarten, aber durch Jahrhunderte hindurch wurden die Afrikaner von den Portugiesen und anderen Europäern als Sklaven nach Amerika exportiert.

Als vor ungefähr 100 Jahren der Sklavenexport endete, führten die Portugiesen ein neues System ein, das der Zwangsarbeit. Nach einem Bericht aus dem Jahre 1947 von Henrique Galvao, dem Chefinspektor der Kolonialverwaltung, waren nur die Toten von der Zwangsarbeit ausgenommen. "Von einem realistischen Standpunkt aus ist die Situation mindestens ebenso unmenschlich wie während der Tage der reinen Sklaverei." Um diesen neuen Schrecken zu entkommen, flohen Hunderttausende von Angolesen in Nachbarländer. Nach Galvao haben innerhalb von 10 Jahren 1 Mill. Afrikaner aus den portugiesischen Kolonien ihre Länder verlaseen.

Andere Gründe für die geringe Bevölkerung in Angola sind die Vernachlässigung der medizinischen Versorgung durch das Kolonialregime und der bereits 11 Jahre dauernde Kolonialkrieg. Seit 1961 haben mehr als eine halbe Mill. Angolesen in Zaire (Kongo - Kinshasa) und anderen Nachbarländern Zuflucht vor dem portugiesischen Terror gesucht. Zusätzlich verloren Hunderttausende ihr Leben in den Kämpfen, Bombardierungen und Angriffen gegen die befreiten Gebiete und durch Folterungen in den Ansiedlungslagern und Städten unter portugiesischer Kontrolle. Man schätzt, daß 1,5 Mill. Angolesen in aldeamentos gesteckt worden sind. Das sind Lager, die mit Stacheldraht umzäunt sind und unter ständiger Überwachung durch die portugiesische Geheimpolizei stehen.

II. Der Befreiungskrieg

Der Krieg in Angola begann am 4. Februar 1961 mit einem Angriff der MPLA (Movimento Popular de Libertaçao de Angola) auf das Gefängnis in Luanda, der Hauptstadt Angolas, wo eine große Zahl ihrer Führer gefangengehalten wurde. Als Reaktion auf diese Besetzung durch Afrikaner wurden am 5. und 6. Februar ungefähr 3000 Afrikaner umgebracht. Im März 1961 folgte dann ein Massenaufstand der Zwangsarbeiter in den nordangolesischen Kaffeeplantagen. Die Portugiesen wurden praktisch aus dem gesamten Kaffeeanbaugebiet vertrieben. Aber noch vor Ende des Jahres eroberten sie dieses Gebiet zurück. Nur weit von den Straßen liegende Gebiete blieben in der Hand der Afrikaner.

Die Kaffeeplantagen waren noch intakt und die portugiesischen Plantagenbesitzer kehrten schnell zurück. Aber die billigen Arbeitskräfte waren fort: viele Afrikaner waren während der Kämpfe umgekommen, andere hatten sich der Befreiungsbewegung angeschlossen oder das Land verlassen.

Die Befreiungsbewegung zog sich in

den Urwald zurück und griff regelmäßig Kaffeeplantagen oder Konsoys entlang der Straßen an. Die Plantagen wurden zu regelrechten Festungsanlagen umgebaut. Alle Transporte in diese Gebiete mußten von militärischen Schutzkolonnen begleitet werden. Die in diesen Gebieten zurückgebliebenen Afrikaner wurden in befestigte Dörfer transportiert.

Die Portugiesen sind nicht fähig gewesen, den Aufstand niederzuschlagen, nicht einmal durch den Einsatz von Napalm, Entlaubungschemikalien oder durch Deportationen großen Ausmaßes. Große Gebiete in Angola sind für Portugiesen nicht mehr sicher. Es war jedoch noch nicht möglich, die Kolonialherren aus den wirtschaftlich wichtigen Gebieten des Landes zu vertreiben. Doch im wirtschaftlich nicht so bedeutenden Osten Angolas hat die MPLA große Gebiete befreit. Die Ausdehnung dieser befreiten Gebiete nimmt langsam aber sicher zu, und zwar von Sambia in Richtung auf die angolesische Küste hin, wo die bedeutenden Landwirtschafts- und Bergbaugebiete liegen.



III. Ausländische Unterstützung für Portugal

Portugal ist ein unterentwickeltes Land und wäre ohne ausländische Unterstützung niemals fähig gewesen, in seinen drei afrikanischen Kolonien Angola, Mozambique und Guinea-Bissau über so lange Zeit einen Kolonialkrieg zu führen. Portugal hat keine Schwerindustrie, die Waffen für diese Kriege produzieren könnte. Alle Flugzeuge, Hubschrauber, Kriegsschiffe und Panzerwagen, die in diesen Kriegen zum Einsatz kommen, werden von anderen Ländern an Portugal geliefert. Die Vereinten Nationen haben ein Waffenembargo gegen Portugal erlassen, aber die Mitglieder der NATO ignorieren dieses Verbot. (1)

Die Kriegskosten belasten Portugal selbst schwer. Portugal ist das ärmste Land Westeuropas, dennoch gibt es die Hälfte seines Jahresetats für Verteidigung aus. Zur Verminderung der dadurch entstehenden Belastung bemüht sich Portugal um ausländische Investitionen in seinen Kolonien. Die Portugiesen glauben, daß ausländische Gesellschaften bereit wären, zur Aufrechterhaltung ihrer Macht Hilfe zu leisten. Die wichtigsten ausländischen Investoren sind die Ölgesellschaften. Die amerikanische Gesellschaft Gulf Oil hat von Portugal als Gegenleistung für finanzielle Unterstützung des Kolonialregimes die Konzession für die größten Ölfelder erhalten. Eine andere Finanzierungsquelle für den Kolonialkrieg sind Exportsteuern auf Produkte aus den portugiesischen Kolonien. Das Hauptexportprodukt Angolas ist Kaffee, der 1970 31,6 % des Gesamtexportes ausmachte.(2)

Die folgenden Kapitel werden zeigen, inwiefern die westlichen Länder, die angolesischen Kaffee importieren, einen Beitrag zur Finanzierung des Kolonialkriegs leisten und so die Verantwortung für die Unterdrückung und Ausbeutung der Afrikaner mittragen.

IV. Kaffeehandel mit Angola

Seit mehr als 100 Jahren exportiert Angola Kaffee. Aber erst seit dem 2. Weltkrieg ist seine Produktion von Bedeutung. Während der Export zwischen 1930 und 1942 pro Jahr zwischen 10 000 und 15 000 Tonnen betrug, belief er sich von 1948 bis 1955 auf 50 000 Tonnen. Nach dieser Periode stieg der Export bis ungefähr 1960 auf 100 000 Tonnen, bis 1968 auf 200 000 t. 1970 betrug der Anteil des angolesischen Kaffee-Exports 5,2 % am Welthandel, wodurch Angola zum viertwichtigsten Kaffeeproduzenten wurde. Nach dem 2. Weltkrieg florierten die portugiesischen Plantagen, weil die Kaffeenachfrage wegen des steigenden Verbrauchs vor allem in den USA enorm gestiegen war. Durch die portugiesischen Einwohner der USA gelang es den Plantagenbesitzern, sich einen Platz auf dem amerikanischen Markt zu sichern.

Um den Kaffee-Export aus Angola zu steigern, wurde 1940 in Lissabon die "Junta de Exportacao de Cáfé Colonial" gegründet. Die Gesellschaft, seit 1961 "Institutio do Café Angola" genannt, hat umfangreiche legale Macht, wodurch sie zu einem bedeuten-

den Instrument zum Schutz und zur Förderung portugiesischer Interessen geworden ist. 1970 wurde Kaffee aus Angola hauptsächlich in die Vereinigten Staaten und nach Holland exportiert, und zusammen konsumierten diese Länder 69 % des angolesischen Kaffees. Die folgende Tabelle zeigt, welche Anteile am angolesischen Kaffee die verschiedenen Länder importieren:

USA	46,7 %
Holland	21,3 %
Portugal	7,0 %
Spanien	5,0 %
restl. Europa	9,1 %
Südafrika	3,7 %
Kanada	6,4 %
andere	0,8 %

V. Anteile des Einkommens, die für den Kolonialkrieg aufgewendet werden

Portugal wendet einen Großteil der Einkünfte aus dem Verkauf von Angolakaffee für kriegerische Handlungen gegen die Angolesen auf. Obwohl es schwierig ist, den genauen Betrag zu berechnen, der direkt für den Krieg verwendet wird, gibt es vorsichtige Schätzungen, nach denen 13 % des durch Kaffeehandel erworbenen Einkommens direkt für militärische Zwecke ausgegeben werden. Diese Schätzung kann wie folgt berechnet werden:

1. Die portugiesische Regierung erhält 30 % der durch den Export von Angolakaffee erzielten Einnahmen.(3) Da ungefähr ein Drittel des angolesischen Etats für Kriegsaktivitäten ausgegeben wird, werden mindestens 10 % der Einnahmen aus dem Kaffeehandel zur Unterstützung des Kolonialkriegs aufgewendet.(4)

2. Seit 1962 (Erlaß 3.326) wird eine Sonderabgabe von 0,25 Escudo (0,01 Dollar) pro Kilo exportierten Kaffees für die OPVDC (Organizaçao Provincial de Voluntarios e Defensa Civil) erhoben, einer paramilitärischen Organisation von Portugiesen in Angola, die nach der Revolte von 1961 gegründet wurde. Die OPVDC steht unter der Kontrolle eines hohen Militärs.

3. Nach der letzten Anhebung im Jahr 1970 beläuft sich die Sondersteuer für Verteidigungszwecke, die nach dem Ausbruch des Krieges erhoben worden war, auf einen Anteil von 4 % bis 30 % des gesamten Profits.(5) Die folgende Tabelle zeigt, wieviel das Kaffeeunternehmen CADA, das für 20 % der angolesischen Kaffeeproduktion verantwortlich ist, an Verteidigungssteuern gezahlt hat (6):

(in Mill.Dollar)	1963	1964	1965	1966
Einnahmen	3,4	4,9	13,1	10,7
Verteidigungssteuer	0,1	0,2	0,8	0,7

Wenn allein die CADA bereits 700 000 Dollar an Verteidigungssteuern gezahlt hat, so beläuft sich eine vorsichtige Schätzung der Gesamteinnahmen aus dieser Steuer auf 2,5 Mill. Dollar pro Jahr.

Von Plantagen, die im Kampfgebiet liegen, werden Extrazahlungen für den militärischen Schutz ihres Besitzes gefordert.

4. Außerdem wird ein Teil der Einkommenssteuer, die Portugal einzieht, für den Kolonialkrieg verwendet. Zusätzlich zu den Steuern auf die Einnahmen der Kaffeeplantagen werden auch die Einkünfte der Transportgesellschaften, Exporteure, der verarbeitenden Industrie und der Kreditgeber besteuert.

Ein wichtiges Ergebnis eines Boykotts gegen Angolakaffee ist, daß es Portugal entscheidender Finanzquellen des Kolonialkriegs beraubt. Weiterhin diesen Kaffee einzuführen heißt, einen unfreiwilligen Beitrag zur Unterdrückung des angolesischen Volkes zu



leisten. Die folgende Tabelle zeigt, welche Kaffeemengen aus Angola exportiert werden, und gibt eine Schätzung über den Beitrag, den die Abnehmerländer zum Kolonialkrieg leisten.

Beiträge zu den Kriegskosten aus dem Kaffeehandel

Bestimmungsland	Kaffeesäcke 1970 (a)	Zuwachs bzw. Abnahme 1970 - 1969 (a)	Verkehrswert 1970 (S 1000) (b)	geschätzter Minimalbetr. zu den port. Kriegskosten (S 1000) (c)
USA	1.365.591	- 8,2 %	74.916	9.739
Kanada	186.818	- 23,2 %	10.249	1.332
Europa:				
Österreich	150	- 94,2 %	8	-
Belgien	33.258	- 7,7 %	1.824	237
Dänemark	20.115	- 295,0 %	1.104	143
Finnland	7.712	- 26,6 %	423	55
Frankreich	15.063	- 0,3 %	827	107
BRD	35.160	- 43,8 %	1.929	250
Italien	919	- 25,6 %	-	-
Niederlande	624.116	- 6,0 %	34.239	4.451
Norwegen	12.499	- 86,4 %	685	89
Polen	39.031	- 1,3 %	2.141	278
Portugal	204.250	- 33,3 %	11.205	1.457
Spanien	146.510	- 0,9 %	8.037	1.045
Schweden	28.470	- 887,2 %	1.561	203
Schweiz	17.924	- 12,9 %	983	127
Großbritannien	55.662	- 238,3 %	3.053	397
Gesamteuropa	1.240.844	- 4,5 %	68.070	8.849
andere:				
Japan	21.129	- 18,6 %	1.159	150
Südafrika	108.052	- 16,8 %	5.928	770
andere insgesamt	131.425	- 60,9 %	7.211	937
Gesamtexport	2.924.678	- 4,1 %	160.447	20.858

Quellen:

(a) Hauptdaten vom Instituto do Cafέde Angola

(b) der Wert basiert auf 54,86 Dollar pro Sack, frei Schiff, 1970 durchschnittlicher Robusta Preis des Department of Statistics and Economic Research, P.A.C.B.

(c) 13 % des Preises frei Schiff, Berechnung im Text erklärt

VI. Kaffeeproduktion - Eigentumsrecht

Angolakaffee wird zum größten Teil in den Kaffeeplantagen im nordwestlichen Teil des Landes gepflanzt. Die Plantagen sind ausnahmslos im Besitz von reichen Portugiesen und anderen Europäern. Die Handarbeit wird von Afrikanern ausgeführt, das Management liegt in der Hand von Europäern. 55 % der Plantagen sind größer als 250 Morgen, 43 % größer als 750 Morgen. (7)

Kaffeeanbau bringt den Plantagenbesitzern Profite ein und ist für die portugiesischen Kolonialisten ein Anreiz gewesen, sich in Angola niederzulassen. Zwischen 1955 und 1961 ist die Zahl der europäischen Kaffeeplantagen von 600 auf 2000 angewachsen. Während dieses Zeitraums hat sich die Gesamtfläche an Boden, der Nicht-Afrikanern überlassen worden ist, mehr als verdoppelt.(8) Für Kaffeeanbau geeignetes Land wurde so rar und teuer, daß sich die portugiesischen Kolonialisten wegen der Besitzrechte gegenseitig bekämpften und oft das Land mit Gewalt besetzten. Dabei berücksichtigten sie in keiner Weise mögliche Eigentumsrechte von Afrikanern. Nach der Ansicht des Unterkomitees der Vereinten Nationen war dies einer der Gründe für den Aufstand 1961 in Angola.(9)

Während vieler Jahre war die portugiesische Verwaltung nicht fähig gewesen, mit den Anträgen für Besitzrechte an Boden, die sich verzehnfacht hatten, fertig zu werden. Darüberhinaus stellten die Streitigkeiten über die Grenzen der Besitztümer den Verwaltungsapparat auf eine harte Probe. Daraus ergaben sich für die Kolonialisten oft Wartezeiten bis zu 5 Jahren, bevor sie eine provisorische Urkunde für ihren Besitz erhielten.(10) 1956 war die Lage so außer Kontrolle geraten, daß die meisten Gutsbesitzer ihren enormen Reichtum dem illegal besetzten Boden verdankten. Um die Lage wieder in den Griff zu bekommen, erlaubte die portugiesische Regierung allen Kolonialisten, Besitz, den sie illegal erworben hatten, registrieren zu lassen, ohne Bestrafung oder Geldstrafen befürchten zu müssen. Die Tatsache, daß Großteile des illegal besetzten Landes Afrikanern gehörte, wurde bei der Bewilligung von Urkunden überhaupt nicht berücksichtigt. Um mit einer neuen Welle illegaler Besitzübernahmen fertigzuwerden, gründete die portugiesische Regierung 1961 Spezialgruppen zur schnelleren Demarkation der Besitztümer. Die bürokratische Prozedur wurde während dieses Jahres sehr vereinfacht. Als Ergebnis verdreifachte sich zwischen 1961 und 1962 das Europäern bewilligte Territorium.

Inzwischen hatte der Befreiungskrieg in Angola begonnen. Infolge des portugiesischen Terrors flohen 1/2 Mill. Einwohner aus diesen Gegenden in Nordangola über die Grenze. Die zurückgebliebenen Afrikaner wurden zum größten Teil in andere Teile Angolas deportiert und in Wiederansiedlungslager (aldeamentos) gesteckt. Erneut wurden große Landstriche, die vorher von Afrikanern bewohnt waren, frei für portugiesische Kolonialisten.

Im Januar 1967 wurde wieder einmal bekannt gemacht, daß Verkäufer ihr illegal besetztes Land durch die portugiesische Verwaltung registrieren lassen könnten, ohne mit Strafverfolgung rechnen zu müssen.(11)

VII. Zwangsarbeit

Die Angolesen wurden zwar aus ihrem Territorium vertrieben, aber die Plantagenbesitzer benötigten ihre Arbeitskraft. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Afrikaner nicht auf den Plantagen der Europäer arbeiten wollten, und zwar aufgrund der Tatsache, daß die Plantagenbesitzer nicht bereit waren, angemessene Löhne zu zahlen. Nach einem Bericht vom Juli 1970, betitelt "Violation of Trade Union Rights" (Verletzung der Gewerkschaftsrechte), den der Internationale Bund der Freien Gewerkschaften einer Expertengruppe der Kommission der Menschenrechte der UN übergab, zeigten die Löhne in der Landwirtschaft folgende Struktur:

Gehälter in der Landwirtschaft pro Jahr

Weiße	1685 Dollar
Nicht-Weiße	830 Dollar
assimilierte Afrikaner	183 Dollar
nicht-assimil.Afrikaner	48 Dollar

Die Afrikaner wurden aufgrund einer Verordnung zur Arbeit auf den Kaffeeplantagen gezwungen; danach hat jeder Eingeborene die gesetzliche und moralische Pflicht zur Arbeit. Falls der Afrikaner keinen Arbeitsplatz nachweisen kann, wird die portugiesische Verwaltung ihm zu einem Platz verhelfen. Die Plantagenbesitzer sind nur zu bereit, den portugiesischen Verwaltungsbeamten für jeden Afrikaner, den er liefert, zu bezahlen. Sogar Afrikanern, die selbst auf ihren

eigenen Plantagen Kaffee pflanzten, was es unmöglich, dem Zwang, auf einer portugiesischen Plantage zu arbeiten, zu entkommen.

Nach dem Ausbruch der Revolution in Angola wurden Beweise für die Zwangsarbeit durch protestantische Missionare erbracht, die aus dem Land vertrieben waren und als erste wagten, etwas über ihre Erfahrungen in Angola zu berichten. Der amerikanische methodistische Geistliche Malcolm McVeigh, der viele Jahre lang als Missionar im angolesischen Kaffeeanbaugebiet gearbeitet hatte, schrieb in Presence Africaine Nr. 42, 1962:

"Auf internationaler Ebene leugnen die Portugiesen oft, daß in Angola noch Zwangsarbeit herrscht. Mit einem Stoß offizieller Dokumente versuchen sie zu beweisen, daß dieses System vor vielen Jahren aufgegeben wurde. Dies ist natürlich reine Propaganda für die Außenwelt. Diese bewußte Verfälschung der Wirklichkeit kann ihrer Meinung nach mit der einfachen Begründung gerechtfertigt werden, daß die Welt den wahren wohltätigen Charakter von Portugals realistischer Kolonialpolitik nicht verstehe.

Es ist interessant zu wissen, daß in Angola selbst niemand die Existenz der Zwangsarbeit leugnen würde. Es ist sinnlos, etwas zu leugnen, was so normal ist ... kaum eine wirtschaftliche Aktivität findet ohne Hinzuziehung von Zwangsarbeitern statt. Das System wird oft als ein Segen gelobt nicht nur für den Weißen, der ohne es nicht auskäme, sondern auch für den Afrikaner. In Augenblicken der Begeisterung betrachtet man dies System als eine Art Schule, in der Leute, die von Natur aus 'faul' sind, arbeiten lernen. Nach diesem System hat jeder zu arbeiten und die Ergebnisse seiner Arbeit zu zeigen. Die meisten Afrikaner leben auf dem Land und von der Landarbeit. Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben des Afrikaners in Angola, zu beweisen, daß er ein unabhängiger Produzent ist. Er muß die lokalen Behörden davon überzeugen können. Wenn er Glück hat, wird er als unabhängiger Farmer anerkannt und erhält eine Urkunde 'Modelo J' als Beweis. Die ohne 'Modelo J' müssen nach einem Arbeitgeber suchen. Falls sie es nicht tun, wird jemand anders einen Arbeitgeber für sie finden. Wie mit so vielen Dingen in Angola ist es schwierig, solch eine Urkunde zu erhalten. Viele Gründe können dafür angegeben werden.

Manchmal ist es die Knappheit an gutem Land in dem Gebiet, wo der afrikanische Produzent lebt ... Zum Beispiel wurde in Nordangola, wo zur Zeit die heftigsten Kämpfe stattfinden, den Afrikanern das Land für Hunderte von Plantagen weggenommen, die in den Besitz von Weißen übergingen. Die Weißen hatten einfach jedes Stück Land, das ihnen gefiel, als ihren Besitz registriert, ohne die afrikanischen Forderungen gebührend zu berücksichtigen.

In andern Fällen pflanzt der Afrikaner auf seinem Land genügend an, um das Recht auf ein 'Modelo J' zu haben. Aber auf Druck der weißen Plantagenbesitzer, die billige Arbeitskräfte brauchen, kann der lokale Beamte es ihm verweigern. Nach dem Gesetz hat ein Afrikaner, der fünftausend Kaffeepflanzen besitzt, ein Recht darauf, als unabhängiger Farmer anerkannt zu werden. Im letzten Jahr, als ich durch das gesamte Dembos-Gebiet reiste, fand ich Afrikaner, die 10 000 bis 12 000 Kaffeepflanzen besaßen, aber immer noch auf ein 'Modelo J' warteten. Sie waren gezwungen, für europäische Plantagenbesitzer zu arbeiten, und erhielten etwa einen halben Dollar oder etwas weniger für ihre Tagesarbeit. Wenn ihnen genügend Zeit und Energie blieb, gingen sie auf ihren Plantagen arbeiten. Es wäre schon schlimm genug, wenn die Portugiesen nur Männer in ihrem System der Zwangsarbeit beschäftigten, aber es ist verbrecherisch, daß sie ebenso Frauen und Kinder beschäftigen. Es ist in dem Gebiet, wo Kaffee gepflanzt wird, allgemein üblich, daß während der Erntezeit, die im Juni beginnt, Frauen und Kinder manchmal bis zu sechs Monaten auf europäischen Plantagen arbeiten. Und als ob es noch nicht genug wäre, bekommen sie am Ende der Kaffeesaison gewöhnlich keinen regulären Lohn, sondern eine Art 'Trinkgeld'. Manchmal ist es nicht mehr al 50 escudos (2,5 Dollar)."

Der portugiesischen Propaganda zufolge wurde die Zwangsarbeit nach dem Ausbruch der Revolution in Angola im Jahr 1961 aufgegeben. Alle Arbeiter werden nun voluntarios (Freiwillige) genannt. Tatsächlich aber wird Zwangsarbeit noch in großem Ausmaß durchgeführt.

Gestützt auf Informationen holländischer Missionare, die in Angola arbeiteten, veröffentlichte 1969 die Holländische katholische Partei (KVP) einen Bericht, in dem festgestellt

wurde, daß Zwangsarbeit noch existiert, und daß die Zahl der Arbeiter, die auf diese Weise beschäftigt wurde, zwischen 1962 und 1964 zunahm. Der Bericht bringt auch Statistiken. Er stellt fest, daß 1964 in einigen Kaffeegebieten in Nordangola 85 % der ungelernten Afrikaner Zwangsarbeiter waren. 1970 kam ein Unterausschuß des Komitees für Menschenrechte der Vereinten Nationen, das eine Untersuchung über das Problem der Menschenrechte in den portugiesischen Kolonien durchführte, zu einem ähnlichen Schluß (12):

> "Die Arbeitsgruppe hat Beweise dafür, daß die unmenschlichste Form der Zwangsarbeit in den portugiesischen Kolonien in Afrika verbreitet ist."

Seit der Revolution sind Afrikaner aus dem Süden Angolas aus ihrer Heimat geholt worden, um auf Plantagen im Norden zu arbeiten, denn die lokale Bevölkerung wird für unzuverlässig gehalten und ist deportiert worden.

Seit 1964 kommen im Kaffeedistrikt Uige nur 14 % der Arbeiter aus der Umgebung und in Cuanza Norte nur 12 %. Der Rest der Arbeiter ist zwangsweise dort hingeschafft worden.(13)

VIII. Die europäischen Kaffeeplantagen

Die europäischen Kaffeeplantagen bringen nur wegen der billigen Arbeitskräfte Profit, die die primitiven Produktionsmethoden ausgleichen. 1968 führte das Institut für Wirtschaftsforschung in München eine ausgedehnte Studie (14) über die Landwirtschaft in den portugiesischen Kolonien durch, in der den Kaffeeplantagen in Nordangola beträchtliche Aufmerksamkeit gezollt wurde. Das Ergebnis dieser Studie lautet:

> "Insgesamt kann man über die meisten Kaffeeplantagen in Angola sagen, daß sie ein typisches Beispiel der 'Plantage' aus der Kolonialzeit sind. Einerseits sind sie abhängig von den Weltmarktpreisen, andererseits sind sie durch gestellte oder ungestellte Forderungen der Arbeiter bedroht, die zusehends klassenbewußter werden. Wirtschaftlich und technisch sind diese Plantagen veraltet. Die Geschäftspraktiken laufen auf Raubbau hinaus. Das Ziel ist ausschließlich, in der kürzest möglichen Zeit größtmöglichen Gewinn zu erwirtschaften. Falls das geschieht, was schon in vielen afrikanischen Ländern passiert ist, nämlich, daß im Augenblick einer politischen Revolution die lang unterdrückten Lohnforderungen der afrikanischen Arbeiterklasse erfüllt waren und zu einem Lohnanstieg von 100 - 150 % führen, dann ist es zweifelhaft, ob die meisten europäischen Kaffeeplantagen noch rentabel sind."

Angesichts dieses Ergebnisses ist es nicht überraschend zu erfahren, daß die Qualität angolesischen Kaffees sehr schlecht ist. Das rührt zum Teil daher, daß alle Kaffeebohnen, ob reif oder unreif, zur selben Zeit gepflückt werden. Dann sind die Aufarbeitungsmethoden des Kaffees sehr primitiv. Die hohen Gewinne der Plantagen werden nicht reinvestiert oder zu Verbesserungen benutzt. Es gibt keine Bewässerung, kaum Erosionsschutz, keine Fruchtbarmachung. Es werden kaum Maschinen benutzt, selbst nicht für sehr arbeitsintensive Pro-

zesse wie Unkrautjäten und Behacken des Bodens. Trotz der sehr geringen Löhne, die den Afrikanern gezahlt werden, machen diese Löhne noch 80 - 85 % der Produktionskosten aus.

Der Bericht des Instituts für Wirtschaftsforschung veröffentlichte Zahlen für eine typische europäische Kaffeeplantage in Nordangola. Das Gut hat 1250 Morgen Land, aber nur 625 Morgen sind bebaut. Für Wohnkosten für die drei weißen Männer auf der Plantage werden 1800 Dollar aufgewendet, und jeder von ihnen hat mehr als 100 m^2 Wohnfläche. Für die Wohnung eines Afrikaners werden nur 73 Dollar aufgewendet. Er bekommt nur 3 m^2 Wohnraum, was kaum für eine Schlafstätte reicht.

Den drei Weißen werden 114 Dollar pro Monat bezahlt. Die vier Afrikaner, die als Chauffeur und Aufseher arbeiten, erhalten im Durchschnitt je 20 Dollar pro Monat, und die afrikanischen Arbeiter erhalten 7,50 Dollar pro Monat. Das Gut wendet weitere 7,50 Dollar im Monat für Kleidung, Nahrung usw. für jeden Arbeiter auf.

Kinderarbeit wird in großem Ausmaß ausgenutzt. Während der vier Jahre, die eine Kaffeepflanze zum Wachsen braucht, werden 360 Tage Erwachsenenarbeit und 400 Tage Kinderarbeit in je 2,5 Morgen Land gesteckt. Kinderarbeit kostet die Gesellschaft nur 3/8 dessen, was ein Erwachsener kostet. Wieviel die Kinder tatsächlich erhalten, ist nicht veröffentlicht.



IX. Der afrikanische Kleinproduzent

Ungefähr ein Viertel des in Angola produzierten Kaffees wird von unabhängigen afrikanischen Farmern gepflanzt. Es ist offensichtlich, daß die portugiesische Verwaltung diesen Farmern nicht wohlwollend gegenübersteht, weil mehr afrikanische Produzenten weniger Arbeitskräfte und Land für portugiesische Plantagen bedeuten. Ein Komitee der Vereinten Nationen, das eine Untersuchung der Landwirtschaft in den portugiesischen Kolonien durchführte, kam zu folgendem Ergebnis (15):

> "... Die Regierungsgesetzgebung erkennt nur Europäer als Produzenten an, die in der kolonialen Exportkammer registriert sind, obwohl tatsächlich Afrikaner für den Hauptanteil an der Produktion verantwortlich waren, entweder als Arbeiter, die durch bezahlte Beschäftigung auf den Plantagen zur Verfügung stehen, oder als Hauptpflanzer...
>
> Wenig Regierungsunterstützung wurde dem Versorgungssektor zuteil, der praktisch vernachlässigt wurde, abgesehen von der Sorge dafür, daß Afrikaner genügend Nahrungsmittel produzieren, um sich selbst zu ernähren. Die Regierungspolitik ... kümmerte sich vor allem um die Sicherung geeigneter afrikanischer Arbeitskräfte, was in Angola und Mozambique hauptsächlich Arbeitskräfte für europäischen landwirtschaftlichen Besitz und Tätigkeiten dort bedeuten."

Das Komitee für Entkolonialisierung der Vereinten Nationen kam zu folgendem Schluß (16):

> "Bei der Durchführung der portugiesischen Kolonialpolitik kontrollieren ausführliche Bestimmungen, welche die Europäer und hoch kapitalisierte oder monopolistische Unternehmen begünstigen, die Bewilligung der Landkonzessionen, die Produktion, den Arbeitsgang und den Handel mit Landwirtschaftsprodukten für Portugal. Gleichzeitig erschwert eine weitere Gesetzgebung Afrikanern Bodenbesitz und die Übernahme landwirtschaftlicher Tätigkeiten und den Handel auf der gleichen Grundlage wie sie Europäern zukommt. Das hat zur Folge, daß Afrikaner nur einen unbedeutenden Anteil an dem Reichtum besitzen, der den natürlichen Bodenschätzen und der Anstrengung ihrer eigenen Arbeit entspringt."

Ein Ergebnis der den Europäern garantierten Privilegien ist, daß die Portugiesen sehr große Besitztümer ihr eigen nennen und die Afrikaner nur wenig Morgen.

Auch bezüglich des Kaffeeverkaufs ist der afrikanische Kleinproduzent in jeder Beziehung Widerständen ausgesetzt. Nur großem europäischem Besitz

wird das Recht gegeben, Kaffee zu kaufen und zu exportieren. Die Afrikaner können ihre Produkte nur an Europäer verkaufen und werden gezwungen, Preise zu akzeptieren, die bei weitem zu niedrig liegen. In seinem Bericht aus dem Jahr 1970 kam das Komitee für Menschenrechte der Vereinten Nationen zu folgendem Schluß (17):

> "Das System, durch das die afrikanischen Produzenten von Grundstoffen und landwirtschaftlichen Produkten gezwungen sind, das Produkt ihrer eigenen Arbeit einem von der portugiesischen Behörde bestimmten Käufer zu verkaufen, muß abgelöst werden, und es müssen sofort normale Marktbedingungen, in denen diese Produkte frei gekauft und verkauft werden können, eingeführt werden."

Unter den gegenwärtigen Bedingungen hat der unabhängige afrikanische Kaffeeproduzent ein sehr geringes Einkommen. Es ist häufig vorteilhafter für ihn, mit seiner ganzen Familie für einen europäischen Plantagenbesitzer zu arbeiten.(18)

Es ist offensichtlich, daß das portugiesische Kolonialregime ein Übel ist, das dem Afrikaner keine Alternative läßt. Selbst wenn der Afrikaner Erfolg hat und als unabhängiger Produzent anerkannt wird - trotz allen Widerstands des zu Mitarbeit nicht bereiten Beamtentums, trotz solcher Hemmnisse wie Arbeitsgesetzgebung, diskriminierenden Bodenkonzessionen usw. - so bleibt sein Einkommen gewöhnlich doch unter dem eines Arbeiters auf einer europäischen Plantage.

X. Die Internationale Kaffeeorganisation

1962 wurde das Internationale Kaffeeabkommen zwischen größeren produzierenden und konsumierenden Ländern abgeschlossen. 1968 wurde für fünf Jahre ein neues Abkommen ausgehandelt, das im August 1973 ausläuft. Das Internationale Kaffeeabkommen wird durch die Internationale Kaffeeorganisation (ICO), deren Sitz in London ist, verwaltet.

Die ICO setzt sich aus 41 exportierenden und 21 importierenden Ländern zusammen. Rund 90 % allen in der Welt importierten Kaffees sind den Regeln dieses Abkommens unterworfen.

Die ICO setzt die Menge Kaffee fest, die exportiert werden kann, um so die Preise stabil zu halten. Nach dem Abkommen aus dem Jahr 1968 erhalten die produzierenden Länder ein Grundkontingent. Im August jeden Jahres schätzt die ICO die Weltexporte und -importe für die kommenden 12 Monate. Aufgrund dieser Schätzung werden die Exportkontingente im selben Verhältnis zu den Grundkontingenten aufgeteilt. Falls die Kaffeepreise einen gewissen Spielraum über- bzw. unterschreiten, kann das jährliche Kontingent korrigiert werden.

Portugal ist Mitglied der Kaffeeorganisation, obwohl in Portugal kein Kaffee wächst. Jedes Jahr wird Portugal ein Exportkontingent zugeteilt, das es erfüllt, indem es Kaffee in Importländer der ICO verschifft. Zusätzlich verkauft Portugal eine kleine Menge Kaffee an Länder, die nicht Mitglied der ICO sind, die sogenannten Neuen Märkte. Aber der auf den Neuen Märkten verkaufte Kaffee ist viel billiger, und keines dieser Länder ist ein wichtiger Kaffeekonsument.

Falls Portugal wichtige Märkte für seinen Kaffee verliert, kann es sein Kontingent nur unter der Bedingung erfüllen, daß es den Preis senkt. Eine noch größere Senkung des Einkommens Portugals aus Kaffee kann erfolgen, wenn das alte Abkommen ausläuft. Zu dieser Zeit sollte es möglich sein, das Problem der Mitgliedschaft Portugals als exportierendes Land aufzuwerfen.

Auf der Basis der Resolutionen der Vereinten Nationen gegen Kolonialismus, die im folgenden diskutiert werden, kann die Rechtmäßigkeit der Mitgliedschaft Portugals als exportierendes Land angegriffen werden. Wenn es sein Exportkontingent verliert, wird es für Portugal schwierig, die Ausbeutung der Afrikaner auf den Kaffeeplantagen fortzusetzen.

XI. Die Vereinten Nationen

Portugal ist wegen seiner Praktiken in den afrikanischen Kolonien der harten Kritik der Vereinten Nationen ausgesetzt. Bei einer Zusammenkunft der Generalversammlung am 14. Dez. 1970 wurden zwei Resolutionen verabschiedet, die Portugal verurteilten: zusätzlich zur Wiederholung früherer Aufforderungen an Portugal, seinem Kolonialregime ein Ende zu setzen, wurden an die anderen Staaten Appelle gerichtet, ihre Unterstützung der kolonialen Unterdrückung durch Portugal zu beenden. Die entscheidenden Teile dieser Resolutionen lauten wie folgt:

"2703 Die Generalversammlung ...
10. ersucht alle Staaten, effektive Maßnahmen durchzuführen, die Bereitstellung von Kapital und andere Formen der Unterstützung, einschließlich militärischer Ausrüstung, für

Kolonialregime, die diese Hilfe zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegungen benutzen, zu beenden.

2707 Die Generalversammlung ...
ist tief betroffen von den fortgesetzten und intensivierten Aktivitäten ausländischer wirtschaftlicher, finanzieller und anderer Interessen, die die Verwirklichung der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, die von den Völkern unter portugiesischer Herrschaft legitimerweise angestrebt werden, verhindern. Dies steht im Widerspruch zu wichtigen Resolutionen der Generalversammlung. Sie mißbilligt die fortgesetzte Unterstützung, die die Regierung Portugals von ihren

Alliierten der NATO und von anderen Regierungen erhält, die sie benutzt, um ihre Politik der kolonialen Beherrschung und Unterdrückung der Völker von Angola, Mozambique und Guinea (Bissau) durchzusetzen...

7. Sie wiederholt ihren Appell an alle Staaten, besonders die Mitglieder der NATO, sich jeder Hilfe an Portugal zu enthalten, die es befähigt, den Kolonialkrieg in Angola, Mozambique und Guinea (Bissau) weiterzuführen...

8. Sie ruft alle Staaten auf, effektive Maßnahmen zu ergreifen, allen Unternehmungen ein Ende zu setzen, die die Territorien unter portugiesischer Herrschaft und die dort lebenden Völker ausbeuten; sie sollen ihre Staatsangehörigen und ihre Unternehmen davon abhalten, irgendwelche Abkommen abzuschließen, die Portugals Herrschaft über diese Territorien stärken und die die Durchführung der Resolution bezüglich dieser Territorien erschweren."

Diese Resolution wurde mit 94 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen (Brasilien, Großbritannien, Portugal, Spanien, Südafrika, USA) und 16 Enthaltungen (Argentinien, Australien, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Kanada, Luxemburg, Malawi, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Paraguay und Schweden) verabschiedet. Die Delegationen Schwedens, Dänemarks, Finnlands und Norwegens erklärten, daß ihre Enthaltung verstanden werden müsse als "unqualifizierte Unterstützung des Appells an die portugiesische Regierung, die einmütige Stimme der internationalen Gemeinschaft zu beachten, die Portugal drängt, seiner militärischen Intervention in Afrika Einhalt zu gebieten und seinen Verpflichtungen der UN-Charta gegenüber gerecht zu werden, indem es ohne jede Zurückhaltung die Rechte der Kolonialvölker auf Selbstbestimmung anerkennt".

Seit Portugal einen Großteil seines Einkommens, den es aus Kaffee-Export bezieht, für den Kolonialkrieg in Angola verwendet, entspricht es nur den Resolutionen, die von den Vereinten Nationen verabschiedet wurden, wenn man diesen Handel beendet. Der in Angola gekaufte Kaffee hilft Portugal, die Afrikaner zu unterdrücken.

XII. Fragen über die Wirkung eines Boykotts gegen Kaffee aus Angola

Wären die wirklichen Opfer eines Boykotts gegen Kaffee aus Angola nicht die Afrikaner, die auf den Kaffeeplantagen arbeiten?

Dieses Argument trifft nicht auf die Kaffeeproduktion in Angola zu. Es ist nicht möglich, in einem Zwangsarbeitssystem, wo die Afrikaner von ihren Familien getrennt werden, um auf Plantagen in einem andern Teil des Landes zu arbeiten, von "Arbeitslosigkeit" zu reden. Der meiste Kaffee wird auf "europäischem" Besitztum produziert, das auf Land errichtet wurde, welches den Afrikanern gestohlen worden ist. Den afrikanischen Arbeitern wird nur ein Lohn zur Sicherung des Existenzminimums gewährt. Es ist genügend Land in Angola vorhanden, um die Afrikaner, die Zwangsarbeit auf Kaffeeplantagen leisten, zu ernähren, in dem Fall, daß sie nicht auf portugiesischem Besitz arbeiten müßten. Die Afrikaner wären fähig, Nahrung und Getreide auf ihren eigenen Farmen zu pflanzen. Der Lebensstandard, den sie als unabhängige Farmer haben könnten, wäre höher als der Lebensstandard der Zwangsarbeiter auf den Plantagen. Die Afrikaner würden es vorziehen, bei ihren Familien zu bleiben und auf ihren eigenen Feldern für ihren Unterhalt zu sorgen, als unter Zwang auf einer europäischen Plantage zu arbeiten.

Nur durch Kampf gegen das portugiesische Kolonialregime werden die Afrikaner jemals die Chance zu einem menschenwürdigen Leben erhalten. Das Holländische Angola-Komitee hat einen Brief von Agostinho Neto von der MPLA erhalten, in dem er seine Billigung zu dem Kaffeeboykott in Holland ausdrückt:

"Die materielle und die moralische Unterstützung der Befreiungsbewegung des angolesischen Volkes durch das holländische Volk ist durch den Boykott gegen Kaffee aus Angola



noch größer geworden und hat die portugiesischen Kolonialisten an einer lebenswichtigen Stelle getroffen."

Wäre es nicht leicht für Portugal, einen anderen Markt für seinen Kaffee zu finden?

Es ist immer ein Problem, neue Absatzmärkte zu finden, weil das Geschäft durch traditionelle Kontakte und Kanäle gelenkt wird. Während der Zeit, die Portugal braucht, neue Märkte zu finden, können drei Dinge geschehen:

1. Angola hat keine große Lagerkapazität. Die meisten Speicherungsmöglichkeiten sind bereits ausgenutzt, und ein genügend andauernder Verzug durch die Suche nach neuen Märkten wird eine Verschlechterung der Kaffeereserven zur Folge haben.

2. Portugal muß der ICO berichten, welcher Anteil am Kontingent in jedem Vierteljahr erfüllt worden ist. Wenn es offenbar wird, daß Portugal sein jährliches Kontingent nicht erfüllen kann (dies ist ein sogenannter short-fall), wird der Anteil, der nicht erfüllt worden ist, anderen kaffeeproduzierenden Ländern zugeteilt.

3. Wenn Portugal seine Kaffeepreise senkt, um mehr zu verkaufen, und dieser Preis für mehr als 20 Tage unterhalb einer durch die ICO bestimmten Grenze liegt, verliert Portugal einen Teil seines Kontingents, der dann an andere produzierende Länder geht. Abgesehen von den unmittelbaren Problemen, denen sich Portugal bei der Suche nach Ersatz für die boykottierten Märkte gegenübersieht, erlangt die Wirkung eines Kaffeeboykotts auf jeden Fall im August 1973 Bedeutung, wenn das alte Kaffeeabkommen ausläuft. Zu dieser Zeit wird Portugals Position in der ICO der Überprüfung unterliegen.

Fußnoten

1) Weitere Informationen siehe "Portugal and NATO", veröffentlicht vom Angolakomitee, Da Costastraat 88, Amsterdam, Holland

2) Pan American Coffee Bureau, Annual Coffee Statistics, No.34, 1970, S. A-92

3) International Coffee Organisation, "Portugal, Summary of National Coffee Policy Plan", London 1970, S. 12

4) Dies ist eine vorsichtige Schätzung; der Anteil Verteidigungskosten im Gesamtetat Angolas steigt schnell an. 1969 erreichte er 30 % (siehe den Bericht der Vereinten Nationen A/8023/Add3, S. 91)

5) Marchés Tropicaux 28-2-70

6) Diario de Noticias, Lissabon 27-4-67 aus dem Bericht der Vereinten Nationen A/7200/Add 3, S. 59

7) Bericht der Vereinten Nationen A/6300/Add 3 (Teil II)

8) ebenda

9) ebenda, A/4968

10) ebenda, A/6300/Add 3 (Teil II)

11) Erlaß 47.486 vom 6. Januar 1967

12) Bericht der Vereinten Nationen E/CN4/Add 3

13) Bericht der Vereinten Nationen A/6300/Add 3 (Teil II)

14) Hermann Pössinger: Landwirtschaftliche Entwicklung in Angola und Mozambique, Institut für Wirtschaftsforschung, München 1968

15) Bericht der Vereinten Nationen A/6300/Rev 1

16) ebenda, A/6300/Add 3 (Teil II)

17) ebenda, E/CN4/1040/Add 3

18) ebenda, A/6300/Add 3 (Teil II)

(Übersetzung: iz3w)

DIE ZWEI KIRCHEN ANGOLAS

von Waldo Garcia

Waldo Garcia, Priester der Kongregation vom Heiligen Geist, war mehrere Jahre lang Professor am Großen Seminar in Nova Lisboa und ist einer der Leiter des Katholischen Instituts in Angola. Seine Ablehnung, mit der portugiesischen politischen Polizei (P.I.D.E.) zusammenzuarbeiten, hat ihm die Ausweisung aus dem Land eingebracht.
Er lebt augenblicklich in Barcelona, von wo er den folgenden Bericht an AFRICASIA geschickt hat, die ihn in ihrer Nr. 57 vom 10.-23.1.1972 abdruckte.

Zu allererst möchte ich betonen, daß meine Situation in bezug auf Angola eine mit der Kirche verbundene Situation ist. Ich gehöre der angelesischen Kirche an, die eine authentische Kirche des Schweigens ist, einerseits gehetzt und Opfer der Umstände und andererseits diesen selben Umständen angepaßt, kurz eine Kirche, die ihre Mission nicht erfüllen kann.

Ich habe mich niemals politisch betätigt, ich habe immer nach den Vorschriften gehandelt, die die Schritte der Kirche in Angola leiten müssen, und dennoch wurde ich aus politischen Gründen ausgewiesen - genauso wahr ist die politische Transzendenz der Verteidigung der Wahrheit.

Eines abends besuchte mich ein katholischer Portugiese, der sich in einer verzweifelten Lage befand, um geistliche Stärkung zu suchen. Er war nahe daran, als einzige Lösung seiner Probleme den Selbstmord anzusehen. Der Grund? Durch eine Reihe von Umständen (auf die er nicht näher eingehen wollte aus Angst vor möglichen Repressalien) war er gezwungen worden, mit der Politischen Polizei bei Verhören von Gefangenen zu kollaborieren. Er hat mir erzählt, wie die Folterer die Afrikaner aufhängten, Kopf nach unten, ihnen den Bauch mit Rasierklingen öffneten, Alkohol in die Eingeweide schütteten und dann anzündeten.

Ein anderer konkreter Fall: Portugiesische Siedler, Mitglieder des "Korps der Zivilverteidigung" (und ich muß mit Schmerz sagen, daß sich unter ihnen Katholiken befanden) haben mir erzählt, daß sie auf Patrouille in der Baixa von Cassanga - eine der bevölkertsten Gegenden des Landes - alle ältesten Söhne der afrikanischen Familien füsilierten, um die Propaganda der Nationalisten zu widerlegen, die vorgab, daß ihr Fetisch sie gegen die portugiesischen Kugeln schütze. Die Erschießung - so die Siedler - hätte den Schwarzen die wirkliche Macht der Weißen bewiesen.

Ich wurde von den portugiesischen Behörden ausgewiesen, die allerdings auf eine sehr subtile Weise vorgegangen sind, indem sie sich der kirchlichen Hierarchie bedienten. Leider arbeitet diese vollkommen mit den Behörden zusammen. Ich bin nicht von den kirchlichen Vorgesetzten, sondern von der politischen Polizei ausgewiesen worden, die jene bearbeitet hat, von derselben Polizei, die mich jeder Art von Pressionen unterworfen und viele Male unter fantastischen Beschuldigungen verhört hat, wie z.B. daß ich der italienischen kommunistischen Partei angehöre, von derselben Polizei, die mich zum Flugzeug geführt und die mir schließlich Tonbandaufnahmen gestohlen hat, welche die Frucht von drei Jahren Arbeit am Katholischen Institut darstellten.

Seit meiner Ankunft in Angola habe ich mich meiner Aufgabe als christlicher Priester gewidmet. Das wird wohl von der portugiesischen Polizei als subversiv angesehen worden sein. Die erste Sache, die man mir nach meiner Ankunft sagte, war das Verbot, über die Enzyklika "Pacem in terris" in Angola zu sprechen.

Meine erste "subversive" Handlung war, die Zusammenarbeit als Informant mit der Politischen Polizei zurückzuweisen, eine Praxis, die von allen weißen Priestern gefordert wird. Man muß es sagen, leider verstehen sich zahlreiche Priester zu dieser "Kollaboration".

Desgleichen war meine Arbeit in der Führung des Katholischen Instituts eine Quelle von Problemen mit den Behörden. Das erste Buch unserer Reihe "Coloquios" mit dem Titel "Die Oekumene in Angola" wurde eingezogen: man spricht nicht mehr über die Oekumene im portugiesischen Reich. Mehrere Kundgebungen, vom Institut organisiert, Kolloquien, Konferenzen, auch eine "Messe der Jungen", die wir 1968 feiern wollten, wurden einfach verboten oder die P.I.D.E. drohte einzuschreiten.

Als konkreten Grund für meine Ausweisung diente aber die Organisation einer Reihe von fünf Pastoralkolloquien, im Verlaufe derer wir der Wahrheit gegenübertreten wollten, wie Christus es getan hat. Die zwei portugiesischen Priester, die diese Initiative mit mir lei-

teten (Jorge Sanches und Antonio Fernando Dos Santos Neves) wurden ebenfalls aus Angola ausgewiesen, ebenso wie Pastor Lawrence Henderson von der evangelischen Kirche, der gleichfalls an der Leitung des Instituts beteiligt war.

Es gibt zwei Kirchen in Angola. Die eine leidet unter den Umständen, die andere preist sie. Es gibt die eine Kirche, die Märtyrerin der Situation, und es gibt die andere, die kollaboriert, weil sie sich hat unterwerfen lassen. Die portugiesischen Bischöfe in Angola erhalten aus dem Haushalt der Kolonialverwaltung ein Gehalt von ungefähr 100 000 französischen Francs.

Wir werden also ohne Furcht sagen, daß es in Angola zwei Kirchen gibt: die weiße und die schwarze, die portugiesische und die afrikanische; und diese Trennung beginnt bei den Gläubigen, denn in Angola wie in Südafrika sind die Kirchen für Weiße und Schwarze getrennt. Es gibt Pfarreien, die ausschließlich Weißen vorbehalten sind, während die Schwarzen auf die Missionsstationen gehen.

Die Trennung setzt sich in der Hierarchie fort, denn die afrikanischen Priester sind von allen verantwortlichen Posten ausgeschlossen. Der einzige schwarze Bischof, Mgr. Muaka, ist nur der Gehilfe des Erzbischofs von Luanda, vollkommen unter seiner Kontrolle und ohne jede wirkliche Handlungsmöglichkeit.

Und wenn es noch weiterer Fakten bedarf, möchte ich an alle schwarzen Priester erinnern, die verfolgt werden, im Gefängnis sitzen, ein Opfer der Willkür.

INHAFTIERUNG DES RECHTSANWALTES DR. AROUCA AUS MOZAMBIQUE

Domingos Arouca wurde am 7. Juli 1928 in Inhambene auf der portugiesischen Kolonie Mozambique geboren, wo er eine zeitlang als Krankenpfleger arbeitete. Ein Lotteriegewinn ermöglichte es ihm - trotz starker Widerstände durch die Behörden -, nach Lissabon zu gehen, um Jura zu studieren. Er ist der erste und bislang einzige Farbige in Mozambique, der ein juristisches Staatsexamen ablegte. Nach seinem Studium arbeitete er seit 1960 als Strafverteidiger und als Rechtsberater an der "Banco Nacional Ultramarino" in Portugal.

1963 kehrte Dr. Arouca nach Mozambique zurück und gab seine Stellung bei der "Banco Nacional Ultramarino" auf. Um die akademische Qualifikation Dr. Aroucas den eigenen Interessen nutzbar zu machen, wurde er von der portugiesischen Regierung zum Mitglied des Verwaltungstribunals von Mozambique ernannt, was er jedoch aus politischen Gründen ablehnte. Dr. Arouca wollte sich nur noch seinem Beruf als Rechtsanwalt widmen, und er eröffnete 1964 seine eigene Praxis in Lourenco Marques. Alle Angebote der Uniao Nacional, der regierenden und einzig zugelassenen Partei in Portugal, ihn zum Abgeordneten im Parlament von Mozambique zu machen, wies Dr. Arouca zurück.

Im März 1965 wurde Dr. Arouca zum Vorsitzenden der "Vereinigung der schwarzen Bevölkerung von Mozambique" gewählt und besiegte damit den von der Regierung gestellten Kandidaten. Zwei Monate später, im Mai 1965, wurde Dr. Arouca verhaftet, und die Büros der Vereinigung wurden geschlossen - angeblich waren sie ein Zentrum subversiver Tätigkeit.

Zwei Jahre danach, am 6. Juli 1967, wurde Dr. Arouca vom Militärgericht in Mozambique zu vier Jahren Haft und anschließender Sicherheitsverwahrung verurteilt. Ohne Beweise gegen ihn zu erbringen, wurde er beschuldigt, Kontakt mit FRELIMO, der Unabhängigkeitsbewegung in Mozambique, unterhalten- und den Süden des Landes psychologisch unterwandert zu haben.

Drei Jahre lang lebte Dr. Arouca nun in völliger Isolation im "Pide's Prison" in Lourenco Marques. Der dringende Hinweis eines Neurologen auf den besorgniserregenden Zustand des Inhaftierten wurde vom zuständigen Polizeiinspektor ignoriert. 1968 wurde Dr. Arouca ins "Peniche Prison" in Portugal überwiesen, einer steinernen Festung 100 km nördlich von Lissabon. Während seiner Haft wurde er mittlerweile dreimal operiert, und war bis vor zwei Monaten im Gefängnis-Hospital in Caxias, Portugal untergebracht. Dennoch wurde Dr. Arouca von den zuständigen Behörden in der dauernden Angst gehalten, möglicherweise ganz unvorbereitet noch vor Abschluß der

Behandlung ins Gefängnis zurückgeschickt zu werden. Diese Angst hat sich mittlerweile bestätigt; seit 4. März 1972 ist Dr. Arouca wieder den untragbaren Bedingungen der Zelle des Gefängnisses von "Forte de Peniche" überlassen.

Selbst wenn die zweijährige Untersuchungshaft nur zur Hälfte angerechnet würde, wie es nach den geltenden portugiesischen Bestimmungen üblich ist, hätte Dr. Arouca die Strafe bereits im Mai 1970 verbüßt. Jedoch die sogenannte Sicherheitsverwahrung, in Portugal eine gängige Methode der Bestrafung politischer Vergehen, stellt in der Praxis des Strafvollzugs einfach eine nicht absehbare Verlängerung der Haft dar.

Die Frau Dr. Aroucas hat ihre Stellung als Lehrerin verloren, weil sie die Frau eines Terroristen sei. Heute ernährt sie sich und ihren achtjährigen Sohn notdürftig von Nachhilfestunden.

Sicher ist Dr. Arouca aufgrund seiner fundierten Ausbildung besonders gut in der Lage, die Ursachen für die Bedrängnis zu sehen, in der die Menschen von Mozambique leben. Daher steht ihm möglicherweise auch das Bemühen von FRELIMO nahe, die sich ja neben dem bewaffneten Freiheitskampf auch für die Krankenpflege und die Bildung der Bevölkerung einsetzt, um so die Basis für die Selbsthilfe und Selbstbestimmung des Landes zu schaffen. Es gibt aber keinerlei Hinweise, daß Dr. Arouca je in Gewaltaktionen verwickelt war.

Amnesty International bittet, die Aktionen zur Freilassung von Domingos Arouca durch die beiliegenden Protestkarten zu unterstützen.

Die Betreuung von Dr. Arouca wurde übernommen von:

Amnesty International. Gruppe 225
7312 Kirchheim/Teck
Gartenstr. 16

Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika

Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika

Übersetzung einer Veröffentlichung der Vereinten Nationen (Unit on Apartheid, Department of Political and Security Council Affairs)
Herausgeber: Aktion Dritte Welt, Freiburg und Sozialistisches Büro Offenbach

Inhalt:
Industrialisierung und Armut
Das Ausmaß des Zwangsarbeitssystems in Südafrika
Südafrikas Außenhandel
Auslandsinvestitionen in Südafrika
Das Auftauchen eines Südafrikanischen Blocks

mit ca. 50 Tabellen und einem Anhang der Herausgeber der Deutschen Übersetzung: Die hundert wichtigsten westdeutschen Firmen und ihre Tochtergesellschaften in Südafrika

Vertrieb:
Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Lorettostr. 20a
Tel. (0761) 71028, App. 29

Preis:
Einzelexemplar DM 4,--; Gruppen bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren 10 % Rabatt; Buchhandel 40 % Rabatt; - jeweils zuzüglich Versandkosten.

Dem Aufsichtsratsvorsitzenden der „Deutschen Bank", Abs, entfuhr gegenüber der „New York Times" bei einem Besuch in den USA folgender Spott über die „Staatsmänner" Pompidou und Brandt: „Beide sind Politiker. Der eine ist unser Kanzler, der andere das Staatsoberhaupt der Franzosen. Aber Pompidou, der früher für meine guten Freunde, die Rothschilds, arbeitete, weiß, worüber er redet. Das ist auf unseren Kanzler nicht anwendbar, und deshalb kann ich nicht sehen, wie sie sich während einer Zusammenkunft verständigen können. . ."

Abonniert

KÄMPFENDES AFRIKA

Information über den afrikanischen Befreiungskrieg

erscheint monatlich bei
Medic'Angola
Florastr. 43
CH 8008 Zürich

12 Nummern sFr 15.00/DM 20.00

Inhalt von Nr. 5:

Erziehung im Befreiungskampf
Zimbabwe - die Antwort der Afrikaner
Namibia
Die Schweiz. Kreditanstalt zeigt ihr wahres Gesicht
MPLA eröffnet neue Kriegsfront

Pakistan — Konflikt

DOKUMENTATION 2. TEIL

Ost-Pakistan und der Sezessionskrieg März-April 1971

Redaktionelle Vorbemerkung

Was noch vor gut vier Monaten weltweit die Gemüter erregte, findet heute kaum mehr Beachtung: Nachrichten aus Bangla Desh haben weitgehend ihren kommerziellen Wert als Tauschobjekt der Massenmedien verloren. Das Land im Mündungsgebiet des Ganges ist, unter internationalem Applaus, eigenständig geworden. Soll es nun selber sehen, wie es damit fertig wird...

Es wird nur schlecht und recht damit fertig. Selbst wohlwollende Berichterstatter (und wer war es nicht?), die noch vor kurzem den "Sozialismus" in Bangla Desh hochrühmten, sind vorsichtig geworden. Mujibur's Staat leidet an Kinderkrankheiten: Chaos und Paternalismus in der politischen Führung, Unfähigkeit und Korruption der Beamten, Feme-Züge gegen die Biharis, - Moslems, die es nach der Trennung von Indien und Pakistan 1947 vorgezogen hatten, ihre indische Heimat Bihar gegen die Wahlheimat Ost-Bengalen einzutauschen und denen nun Kollaboration mit den West-Pakistani vorgeworfen wird -, Fortsetzung der Guerillatätigkeit auf dem Land, schwere Eingriffe der indischen "Befreier" in die Wirtschaft des ruinierten Landes (13, S. 105-8; cf. Quellenverweis).

Nur Kinderkrankheiten? Es dürfte sich doch eher um die bezeichnenden Folgen schwerwiegender Mängel in der Unabhängigkeitsbewegung handeln: Wer auf die systematische Mobilisierung und Organisierung der Bauern, Arbeiter und Arbeitslosen zugunsten abenteuerlichen Taktierens verzichtet, wer diese Gruppen nicht auf die Ausübung eines politischen Mandats vorbereitet, über die Ursachen ihrer Armut aufklärt und über ethnische und religiöse Differenzen hinweg das gemeinsame revolutionäre Potential weckt, kann nicht vorgeben, eine sozialistische Revolution durchführen zu wollen. Rein nationalistische Bewegungen sind zweischneidige Schwerter: Nur allzu gern bedienen sich partikuläre Interessen des Volksunmuts!

Aus diesem Grunde haben wir im 1. Teil unserer Dokumentation (Nr. 13/14) den Akzent auf die historische Entwicklung der Klassenstruktur Pakistans und das koloniale Erbe des indischen Subkontinents gelegt. Es seien nochmals zwei Punkte hervorgehoben:

1. Die ethnischen und religiösen Differenzen im indischen Subkontinent wurden durch die britische Kolonialmacht subtil zu Herrschaftszwecken ausgenutzt und verschärft. Daß sie zu blutigen, fast genozid-artigen Explosionen führen können, hat uns nun die Geschichte zur Genüge bewiesen. Eine politische Bewegung, die derartige Spaltungen nicht abzubauen versucht und der Klassenlage als Mobilisierungsfaktor den Vorrang gibt, weiß sich fast zwangsweise eins mit dem System, welches sie in der aktuellen Schärfe hervorgebracht hat.

2. Die Eingriffe Großbritanniens in die Wirtschafts- und Sozialstruktur Gesamtindiens haben ein Erbe hinterlassen, welches die Situation auf dem Subkontinent prägt und dominiert. Die koloniale Verknüpfung der Interessen einer kleinen Herrscherschicht mit dem Imperialismus, die Verelendung der Massen unter dem Vorzeichen neokolonialer Ausbeutung und die politische Schwäche progressiver nationalistischer Elemente setzen für sozialistische Befreiungsbewegungen einen bestimmten Aktionsrahmen: Kampf gegen imperialistische Einflüsse von außen und Befreiung der Massen von parasitären Klassen im Lande.

Nun gehen die Meinungen über die Progressivität der Bangla-Desh-Bewegung Mujibur Rahmans weit auseinander. Aus diesem Grunde setzen wir die Dokumentation in dem Sinne fort, in dem sie begonnen worden ist: Als kommentierte Artikelsammlung, um die Auseinandersetzung mit möglichst vielen Akzenten zu bereichern. Wir können allerdings nicht umhin zu bemerken, daß die Aussagen vieler Genossen uns sehr verschleiernd und apologetisch-dogmatisch erscheinen...

1. Elemente der Geschichte Ost-Pakistans (1947-70)

1947:

Die Gesamt-Bengalische Landesversammlung (Ost- und West-Bengalen) entscheidet mit 56 gegen 21 Stimmen die Teilung des Landes.

Folgen: Der Wirtschaftsraum Bengalen wird geteilt. So liegen die Anbaugebiete für Jute und Tee in Ost-Pakistan, die Verarbeitungsbetriebe in Kalkutta und Umgebung.

Fluchtbewegungen: Abzug der reichen Hindus, teils Grundbesitzer, teils Besitzer von Handwerksbetrieben und Beamte, in Richtung West-Bengalen. Moslemische Biharis siedeln aus Bihar nach Ost-Pakistan um.

Die von den Hindus zurückgelassenen Führungsstellen in Industrie, Handel und Verwaltung nehmen West-Pakistani ein. Nur im Agrarbereich kommt es zu einer kleinbürgerlichen Revolution, die Ost-Bengalen zu Grundbesitzern aufrücken lassen (1950/2).

1948:

"Urdu", Sprache eines Teilgebiets von West-Pakistan, soll gesamtpakistanische Amtssprache werden. Die "Bengali"-sprechenden Ost-Pakistani widersetzen sich heftig. Demonstrationen. Scheich Mujibur wird verhaftet.

1950:

Dreizehn bengalische Mitglieder der "Moslem Legue Assembly Party" fordern interne Autonomie für Ostbengalen.

1952:

Die Auseinandersetzung um die Sprache geht weiter. Studentendemonstrationen fordern 19 Tote.

1954:

In den ost-pakistanischen Landtagswahlen gewinnt die "United Front" der "Awami-Liga" und der "Krishak-Sramik-Partei" die absolute Mehrheit. Die "Moslem-Liga" erleidet eine vernichtende Niederlage. Die Regierung der Front wird von der Zentralregierung abgesetzt.

1958:

In Pakistan kommt die Armee unter Ayub Khan an die Macht. Mujibur und andere bengalische Politiker werden inhaftiert, der "Deputy Speaker" Shahid Ali im Gefängnis zu Tode geprügelt.

1960:

Mujibur wird in Dacca zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

1961:

Studentendemonstrationen gegen Militärdiktatur Ayub Khan's. Die Polizei schießt auf die Studenten.

1962:

Bei erneuten Unruhen gegen den pakistanischen Diktator Ayub werden unbewaffnete Zivilisten erschossen. Das Militärrecht wird aufgehoben. Bengalen nehmen die Idee der "Basic Democracy" auf.

1966:

Mujibur verkündet das 6-Punkte-Programm der Awami-Liga:

1. Die Verfassung von Pakistan muß föderalistisch und parlamentarisch sein, mit einer auf der Basis des Erwachsenenwahlrechts direkt gewählten Legislative.

2. Es sollte (I.) getrennte, frei gegeneinander konvertierbare Währungen für die beiden Teilstaaten geben oder

3. (II.) als Alternative eine Währung, die gesetzlichen Schutzregelungen gegen Kapitalflucht vom östlichen zum westlichen Landesteil unterworfen ist.

4. Die Hoheit für Steuer- und Staatseinnahmen wird den Bundesstaaten gegeben; die Zentralregierung wird finanziert durch Zuteilung eines Teils der Steuern der Teilstaaten.

5. Für Ost- und Westpakistan werden getrennte Devisenkonten geführt, die Forderungen der Zentralregierung werden durch die beiden Teilstaaten im gleichen Verhältnis oder auf einer anderen Basis, die vereinbart werden kann, befriedigt.

6. Eigene Kompetenz Ostpakistans in Verteidigungsangelegenheiten; eine Waffenfabrik und eine Militär-Akademie werden in Ostpakistan errichtet, das zentrale Marine-Hauptquartier wird nach Ostpakistan verlegt. (Quelle: Pakistan Observer, 2.5.67, zit. nach: 2, S. 5)

Auf die Veröffentlichung dieses halbautonomistischen Programms hin werden Mujibur und einige Mitkämpfer inhaftiert. Es kommt zu erneuten Demonstrationen gegen Ayub; Tausende von Personen werden in ihrem Gefolge getötet. Der Generalstreik wird ausgerufen und die "Awami-Liga" errichtet zusammen mit der "National-Awami-Partei" und der "Krishak-Partei" eine Schattenregierung in Ost-Bengalen.

1967:

Die bengalische Opposition findet sich zu einer vereinten Front für Regionalautonomie zusammen. Mujibur wird zu 15 Monaten Haft verurteilt. Der "Shababuddin-Report" erbringt den Beweis der

regionalen Benachteiligung Ost-Bengalens.

1968:

Die Studentenschaft Daccas veranstaltet Ausstellungen über die Ausbeutung von Ost- durch Westpakistan. Die studentische Opposition ist stark: Ein "Student's Action Commitee" veröffentlicht ein 11-Punkte-Programm, das später, während des Wahlkampfes, auch von der Awami-Liga übernommen wird. Es enthält Punkte wie: Eliminierung der Monopole und Kartelle, Einführung einer progressiven Besteuerung und einer Sondersteuer für Luxuskonsum, Förderung der Klein- und Mittelbetriebe des Textil- und Eisenwarensektors, Schaffung von Kooperativen, Nationalisierung des Jutehandels, Schaffung stabiler Preise für landwirtschaftliche Produkte, Zerschlagung des feudalen Großgrundbesitzes, Senkung der Pachten, Schaffung kostenlosen Schulunterrichts für alle Kinder innerhalb von fünf Jahren, Gewährung des Streikrechts und des Rechts auf Gewerkschaften für die Arbeiter, Anhebung der Löhne, sofortiger Austritt aus der SEATO und der CENTO sowie aus allen anderen Militärpakten.

28 Personen werden wegen angeblicher Sezessionspläne verurteilt. Mujibur wird wegen Konspiration für ein unabhängiges Ostbengalen inhaftiert.

Bei Demonstrationen gegen Ayub werden 500 Menschen inhaftiert und viele erschossen.

1969:

Yahya Khan löst Ayub Khan in der Zentralregierung ab. Er erläßt das Militärrecht und löst die National- und Provinzparlamente auf. Er verspricht die Machtübergabe an das Volk durch Parlamentswahlen.

Bashani, der Führer der "National-Awami-Partei" fordert die nationale Unabhängigkeit und eine eigene Regierung. Er wird inhaftiert. Yahya kündet für Oktober 1970 Wahlen an, von denen aber extreme linke Parteien ausgeschlossen sind.

1970:

Eine Sturmflutkatastrophe, die eine halbe Million Todesopfer fordert, erzwingt die Verschiebung der Wahlen vom Oktober auf den Dezember. Der Wahlkampf wird äußerst hart geführt. Um eine Dominierung Westpakistans durch Ostpakistan auf parlamentarischer Ebene zu verhindern, hatte Yahya Khan ein Rahmengesetz erlassen, das ihm erlaubte, die Verfassung zu ratifizieren oder zurückzuweisen, welche die gewählte Volksversammlung erlassen würde.

"Es lag auf der Hand, daß Mr. Bhutto als stärkster Führer in Westpakistan und Shaikh Mujibur in Ostpakistan bestehen würden... Nachdem die beiden Politiker ihre Kampagnen gestartet hatten, wurde es bald offenbar, daß sie sich mit völlig entgegengesetzten Zielen an den Wahlen beteiligten und es kaum irgendeine gemeinsame Basis in der Versammlung geben würde. Mr. Bhutto ... versicherte ... seinen Wählern, daß er für eine starke Zentralregierung, eine starke Armee und eine neue Offensive zur Befreiung Kashmirs eintrete. Als Millionen Pakistanis in den ersten freien Wahlen zu den Urnen schritten, warteten General Yahya Khan und seine Getreuen mit angehaltenem Atem. Sicher wollte Yahya Khan die Macht (an die gewählten Volksvertreter, pa) übergeben, doch hatte er gehofft, die Ergebnisse würden Ost und West in eine die Einheit des Landes erhaltende Allianz zwingen. Doch die Generäle hatten zwei Faktoren übersehen. Im letzten Augenblick entschloß sich der politische Hauptgegner der "Awami-Liga", die linksradikale "National-Awami-Partei", die Wahlen zu boykottieren, und überließ das Feld der "Awami-Liga". Zur selben Zeit wurde das Versagen der westpakistanischen Administration, den Opfern der Flutkatastrophe rechtzeitig zu Hilfe zu kommen, benutzt, um der "Awami-Liga" Stimmen zu erwerben und, was die Bewahrung der Einheit des Landes angeht, waren die Wahlergebnisse katastrophal.

Fast jeder Bengali stimmte für das "Sechs-Punkte-Programm" Mujiburs, welches die Wahlen zu einem Referendum machte. Die "Awami-Liga" gewann 167 der 169 Sitze in Ostbengalen, und mit Unterstützung der Anti-Punjabi-Regionalparteien Westpakistans konnte Mujibur hoffen, zwei Drittel der 313 Sitze der verfassungsgebenden Versammlung hinter sich zu bringen. In Westpakistan gewann Bhuttos "Peoples Party" 82 von 138 Sitzen. Die Punjabi waren erschreckt, als es offenkundig wurde, daß die Bengalis ihre eigene Verfassung zimmern könnten, wenn die Versammlung zusammenträte" (Peter Hazelhurst, in: Times, 4.6.71, zit. nach: 12, S. 8).

Bashani, der Führer der "National-Awami-Partei" hatte ein unabhängiges und souveränes Ostbengalen gefordert. Drei weitere Parteien unterstützten ihn, nicht die siegreiche "Awami-Liga".

Am 24. Dezember nannte Yahya Mujibur "unseren Premierminister" und erklärte Dacca zum Sitz der verfassungsgebenden Versammlung.
(Quellen: 12, S. 4; 1; 7)

2. Politische Gruppierungen in Ost-Pakistan

Die Wahlen von 1970 haben die "Awami-Liga" zur stärksten politischen Gruppierung des Landes gemacht. Sie hat nach der Unabhängigkeit die Führung des neuen Staates Bangla Desh übernommen. Deshalb ist es wichtig, sie und ihre Konkurrenten kurz zu charakterisieren.

a. Die Awami-Liga

Zuerst einige Kommentatoren-Stimmen (Unterstreichungen von uns, pa):

"Auch dieses Programm (gemeint ist das 11-Punkte-Programm der Studenten, welches die Awami-Partei zu ihrem eigenen gemacht hat, pa) zeigt ganz klar, daß die Awami-Liga keine nationalistische, sondern eine demokratische und fortschrittliche Partei ist, die im wesentlichen die Interessen der Kleinbourgeoisie, aber auch der Arbeiter und Bauern vertritt" (Karl Unger, in: 1, S. 5).

"Erst in den letzten Jahren ist dem bengalischen Bürgertum auch die wirtschaftliche Ausbeutung bewußt geworden; es hat sich in der Awami-Liga organisiert und versucht, die Massen für seine ökonomischen Ziele zu mobilisieren. Wenn die Awami-Liga sich seit der Ausschaltung der Moslem-Liga bei den Wahlen von 1954 auch als das traditionelle Sammelbecken aller oppositionellen Kräfte darstellt, hat sie sich doch als die Partei des Kleinbürgertums erwiesen, das auf dem Wege zu seiner Emanzipation die Masse des Volkes vor seinen Karren spannt.

Das 6-Punkte-Programm zur regionalen Autonomie verschaffte der Liga bei den Wahlen 1970 die absolute Mehrheit in der künftigen Nationalversammlung und wäre in seiner Konsequenz für die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer des Westens katastrophal gewesen. Fatal waren jedoch für die Masse der Bevölkerung die Naivität der Liga-Führung, besonders von Sheikh Mujibur Rahman, die in total falscher Einschätzung der faktischen Situation glaubte, mit parlamentarischen Mitteln eine qualitative Veränderung der Verhältnisse zu erreichen. Die Bewaffnung der Volksmassen unterblieb; stattdessen wurden sie bei Streiks und Demonstrationen vor die Gewehre der westpakistanischen Besatzungsmacht getrieben.

Sie glaubten an die Politik der Pression: Abgesandte begeben sich hierhin und dorthin, einmal nach London, ein andermal nach Washington. Sie richten Appelle an den amerikanischen Senat, er möge jede Wirtschaftshilfe an Yayha Khan unterbinden (als ob der amerikanische Imperialismus an der Sache des bengalischen Volkes interessiert wäre).

Die Hauptmasse der 'verfassungstreuen' Elemente der Awami-Liga, die sich vor gar nicht allzu langer Zeit über die äußerste Linke lustig machte, weil diese vom Guerillakrieg sprach, sitzt nun in der Bangla-Desh-Hochkommission (vor Dezember-Krieg 1971 geschrieben, pa) in Kalkutta und befindet sich, falls sie die Macht gewinnen wollen, in Abhängigkeit von den herrschenden Klassen Indiens" (5, S. 5).

"... die bengalische Politik ist traditionell von der oberen Schicht des Kleinbürgertums beherrscht, von den Funktionären, den großen Ladenbesitzern und von den Kaufleuten, die angesichts des Fehlens einer Aristokraten- und Kapitalistenklasse die obere Schicht der bengalischen Gesellschaft bilden. Aus dieser Gruppe rekrutiert sich die Führung der Awami-Liga" (6, S. 10).

Von den einen als die große progressive Kraft gefeiert, erscheint die Awami-Liga den andern als recht zweifelhafte Gruppierung. Alle sind sich aber über die Klassenlage ihrer Mitglieder bewußt: In der Awami-Liga hat sich zusammengefunden, was als "crème" Ost-Pakistans gelten kann, mindestens wenn man von nicht-bengalischen Elementen absieht. Diese Spitze ist aber nicht eben hoch: Sie wird generell als kleinbürgerlich bezeichnet. Dies ist allerdings eher ein Charakterikum der Schwäche denn der Stärke. Die prekäre Stellung der bengalischen Angestellten, kleinen Kaufleute, Grundbesitzer, Studenten und Intellektuellen läßt sie zwar sich aufrührerisch gebärden. Sie äußert sich in Nationalismus, aber auch in Anti-Kommunismus; weil das Kleinbürgertum um sein Überleben kämpft, ist der Feind nicht bloß der "Große", der internationale Kapitalismus, sondern es sind auch diejenigen Kräfte, welche eine Vergesellschaftung des Privateigentums anstreben.

Die Mehrheit der Awami-Liga hat sich immer als Bollwerk gegen linksextreme Gruppierungen verstanden: Im Frühjahr 1971 hat Mujibur, auf die kommunistischen Untergrundbewegungen in Bengalen anspielend, erklärt: "Ist sich die Regierung Westpakistans nicht darüber im klaren, daß ich der einzige bin, der Ostpakistan vor dem Kommunismus bewahren kann? ... Wenn sie sich zum Kampf entschließen, werde ich von der Macht vertrieben und an meine Stelle werden die Naxaliten treten" (Le Monde, 31.3.71, zit. nach: 3, S. 38).

Die Ambivalenz des Kleinbürgertums, wie sie sich aus seiner Klassenlage ergibt, verliert allerdings den Reiz des Aufrührerischen, wenn man zwei Momente, die durchaus auf die Awami-Liga zutreffen, anführt:

1. Was sich radikal-verbal als links gebährdet, kann ebenso gut ins andere Extrem umschlagen: "In ihrer aggressiven Zielsetzung wird die Bourgeoisie von den aktionären Segmenten des Kleinbürgertums freilich übertroffen. Der aggressive Charakter der indischen Politik ebenso wie die Pogrome, die an der biharischen Minderheit in Bengalen noch vor der militanten Repression von fanatischen Autonomisten begangen wurden, verraten die typische Tendenz des konterrevolutionären Kleinbürgertums zum Ethnozentrismus. Damit verliert der viel beklagte Irrationalismus freilich seinen exotischen Reiz und enthüllt sich als ordinärer Faschismus, das politische Produkt der ökonomischen Krise im kapitalistischen System. Die Verfolgung religiöser Minderheiten, die in einzelnen Regionen privilegierte Handelsfunktionen ausüben, auf dem Subkontinent ist den antisemistischen Pogromen des zentral- und osteuropäischen Kleinbürgertums durchaus vergleichbar. Die fortschreitende Konzentration des Kapitals und die hohe Inflationsrate bedrohen sowohl die kleinen Warenproduzenten wie auch die Angestellten und Beamten" (10, S. 12).

2. Aufgrund der vorherrschenden partikulären Interessen ist das Kleinbürgertum nicht in der Lage, die Führung einer Massenbewegung zu übernehmen, die eine Massenbasis hat. Dazu besitzt es auch keine materielle Basis, um sich eine derartige Gefolgschaft zu erzwingen.

Vielmehr versucht das Kleinbürgertum, sich die Macht über vorgegebene Bahnen zu ertrotzen. Daher die gerade grotesk anmutende Gläubigkeit Mujibur's in die Gangbarkeit des parlamentarischen Weges. Er hätte doch aus seiner eigenen Erfahrung wissen können, wie die herrschenden Klassen mit Opponenten verfahren, ... auch wenn sie verfassungsmäßig gewählt sind. Wer so oft verurteilt wird und noch nicht begreift, zu was die west-pakistanische Militärdiktatur fähig ist ... Man bedient sich nicht so leicht bürgerlicher Institutionen gegen das Bürgertum!

Es dürfte deshalb eher makaber anmuten, wenn "Linke" immer noch glauben, die Awami-Liga vertrete die Interessen auch der Arbeiter und Bauern. (Natürlich die eigenen zuerst, aber so im Brosamen-Verfahren auch noch diejenigen der großen Mehrheit der Bevölkerung.)

Die Interessen der Bauern und Arbeiter hätte die Awami-Liga nur vertreten, wenn sie frühzeitig versucht hätte, diese über ihre wahren Feinde aufzuklären, sie zu organisieren und zu verteidigen. Doch alles deutet darauf hin, daß die Ereignisse im März/April 71, die zur blutigen Unterdrückung des Sezessions-Aufstandes führten, auch die Awami-Liga überraschte. Ihre Anführer boten im nachfolgenden Befreiungskampf eher ein klägliches Bild: "Die von dem jetzt in West-Pakistan inhaftierten Mujibur Rahman angeführte ost-pakistanische Awami-Liga, die Ende März dieses Jahres die Volksmassen mit Separationszielen unbewaffnet der westpakistanischen Armee gegenüberstellte, was ein Massaker, das durch religiösen Haß noch begünstigt wurde, von ungeheuren Ausmaßen nach sich zog - diese Awami-Liga kann sich auf keine organisierten und vom Volk verteidigte militärische Basen mehr stützen. Sie hat völlig ausgewirtschaftet, was schon zu Beginn ihres Aufstandes prognostizierbar war. Ihre Unzulänglichkeit ergab sich aus ihrer begrenzten Zielsetzung, die wirtschaftliche Autonomie gegenüber der westpakistanischen Kompradoren- und Militär-Clique, stärkere Anlehnung an die USA und organisierten Widerstand gegen die Entfaltung kommunistischer Propaganda beinhaltete. Ihr Potential setzte sich primär zusammen aus kleinen Grund- und Fabrikbesitzern, Freiberuflichen und Intellektuellen - nicht aber aus Arbeitern und den Massen der landlosen Bauern.

Sämtliche Führer der Liga sind nach Indien geflohen und haben durch diesen Verrat ihren volksfeindlichen Charakter nur noch unterstrichen." (9, S. 6)

b. Die Nationale Awami Partei

"Bengalens kleine Ladenbesitzer stellen ihre Forderungen durch die kleinere National Awami Party (NAP), die dazu bedeutende Unterstützung bei der Landbevölkerung Nordbengalens und einigen Einfluß bei den Gewerkschaften hat. Wie ihr Name andeutet, ist die NAP eine nationale Partei, mit einer westpakistanischen Anhängerschaft unter den Bauern und Studenten in Punjab und unter den Arbeitern und Studenten in Karatschi. Mit dem Einwand, daß das Militär sowieso nicht freiwillig seine Position räumen würde, hat die NAP im Dezember 1970 die Wahlen boykottiert.

Die NAP teilt sich in einen pro-Moskau- und einen pro-Peking-Flügel, deren Unterschiede sich auf den allgemeinen Nenner bringen lassen, ob dem 'friedlichen Weg' zum Sozialismus zu folgen, oder aber die Gewehre zu er-

greifen seien. Der Moskauflügel der Partei wird vom großen alten Mann des bengalischen Nationalismus, vom 86jährigen Maulana Bhashani geleitet. Einst prochinesischer Einstellung, erklärt Bhashani nun, daß 'das Stigma, er sei für Peking gewesen, vergessen werden muß' - wie die 'Times of India' berichtet. Vielleicht weil er kürzlich Indiens Staat Assam mit dem Vorhaben besucht hat, Frau Gandhis antichinesischer Regierung Waffen zu entlocken.

Wie dem auch sei, Bhashani bleibt der militante Führer von ungefähr 55 000 wohlorganisierten Bauern unter dem Banner der NAP." (6, S.10/1)

c. Die Naxaliten:
KPP (ML) (auch: EPCP-ML)

Die KPP (ML) hat auf ihr Programm den Kampf gegen die Armee, den Feudalismus und die chauvinistische und religiös-fanatische Muslim Liga geschrieben. Aber sie ist nicht einheitlich.

"Die Spaltung in der KPP (ML) verläuft aufgrund der gleichen politischen Differenzen, die auch die indischen Naxaliten, die Kommunistische Partei Indiens (ML) in den letzten Monaten auseinanderbrachte. Zentral ist die Frage des Verhältnisses revolutionärer Aktivitäten auf dem Land und in den Städten. Ashim Chatterjee (KPI (ML)) ist im Gegensatz zu Charu Mazumadar Vertreter der These, daß der Kampf derzeit in den Dörfern geführt werden müsse und die Taktik revolutionären Terrors in den Städten falsch sei. In der Frage der pakistanischen Revolte geht Mazumadar davon aus, daß Yahya Khan Vertreter des westpakistanischen komprador-bürokratischen Kapitals sei und keine progressiven Momente in sich trage, wohingegen Chatterjee in Yahya Khan den Sihanouk Pakistans sieht, der ein unverzichtbares Instrument des weltrevolutionären Prozesses darstelle, sich im Widerspruch zum US-amerikanischen Imperialismus befinde und einen Schutz gegen die imperialistische Umzingelung der Volksrepublik China bedeute. - Vertreter der Mazumadar-Linie in Pakistan ist Mohammed Toha" (bis 1968 Sekretär Bhashanis in der NAP, pa); "Shikdar repräsentiert die Chatterjee-Linie. Alle genannten Gruppen" (die NAP eingeschlossen, pa) "sind in Ost-Pakistan primär auf dem Lande tätig und stützen sich auf 'mobile befreite Gebiete'. In den Städten beschränken sie ihre Aktivitäten derzeitig auf Sabotageaktionen." (9, S. 6)

Die angeführten Zitate und Kommentare dürften genügen, um die These zu wagen, daß sich die Bevölkerung Ost-Pakistans, trotz des überwältigenden Wahlerfolges der Awami-Liga, ohne klare und feste Führung in die Massenunruhen hineinmanövrieren ließ. Der Hauptvorwurf trifft dabei nicht so sehr die kleinen Linksparteien, die zwar innerlich zerstritten waren, aber auch eindeutig zu wenig Zeit besaßen, um eine Organisierung der Landbevölkerung zum Erfolg zu führen. Daß ein derartiges Unternehmen nicht leicht ist, beweist die lange Erfahrung der internationalen Befreiungsbewegungen, von China über Vietnam und Mozambique/Angola. Auch die Awami-Liga wird von ihrem Erfolg überrascht und überfordert worden sein. Sie trifft denn auch eher der Vorwurf, während mehr als 15 Jahren der Opposition gegen die westpakistanische Diktatur kaum etwas unternommen zu haben, das jenseits des Stimmensammelns lag. Mit Wahlzetteln verteidigt man kein Volk gegen eine übermächtige Armee. In diesem Sinne hat die Awami-Liga ihre bürgerliche Natur offensichtlich werden lassen: Ihre begrenzte Zielsetzung erlaubte es ihr nicht, zur Bewaffnung der Volksmassen und zu ihrer Verteidigung zu schreiten. Das hatte grausame Folgen...

3. Vom Wahlsieg zum Blutbad
(März-April 1971)

14.1. Yahya bezeichnet Mujibur, gegen die Einwände von Bhutto, als zukünftigen Premier.

29.1. Verfassungsgespräche zwischen Mujibur und Bhutto.

13.2. Yahya bezeichnet den 3. März als Zeitpunkt für den Zusammentritt der Nationalversammlung.

15.2. Bhutto droht mit Boykott, sofern Mujibur nicht das 6-Punkte-Programm ändert.

18.2. Mujibur erklärt, daß dem Islam nicht die Liquidierung der bengalischen Kultur erlaubt sein dürfe.

21.2. Yahya löst sein Kabinett auf.

28.2. Bhutto versucht, die Verschiebung der Zusammenkunft der Nationalversammlung zu erreichen.

1.3. Yahya verschiebt die Versammlung: "Hätte General Yahya die Nationalversammlung einberufen ..., so hätten die Liga-Mitglieder für Ostbengalen einen halbsouveränen Status angestrebt, der es Ostbengalen erlaubt hätte, mit Indien in Handelsbeziehungen zu treten" (diese Handelsbeziehungen waren seit 1965 unterbrochen, pa) "und eigene finanzielle Angelegenheiten selbst zu regeln. Dies hätte wahrscheinlich die Autonomie

der westpakistanischen Staaten Pathan und Baluchistan zur Folge gehabt, wobei der Zentralregierung lediglich die Kontrolle über die Nationalen Streitkräfte und die Außenpolitik verblieben wäre" (6, S. 5).

Yahya setzt den ostpakistanischen Gouverneur Vizeadmiral Ahsan ab. Mujibur verkündet den Generalstreik wegen der Verschiebung der Nationalversammlung.

2.3. Unruhen in Dacca und andern Städten. Faschistoide Gruppen von Ost-Bengalen unternehmen Feme-Züge gegen nicht-bengalische Bewohner. Es kommt zu grausamen Racheakten an wehrlosen Biharis, Hindus und West-Pakistanis. Die Awami-Liga ist offensichtlich nicht Herr der Lage.
Erste Truppenbewegungen von West- nach Ost-Pakistan.

3.3. Die Awami-Liga beginnt ihre Politik der Non-Kooperation.

5.3. 300 Personen werden von der Armee getötet, als sie gegen Anhänger der Awami-Liga vorgeht.

6.3. Yahya kündigt die Zusammenkunft der Nationalversammlung auf den 25.3. an.

7.3. Vor rund einer Million Zuhörern in Dacca macht Scheich Mujibur drei wichtige Ankündigungen:

"1) Er rief das Volk dazu auf, den Kampf für die Beendigung der 23 Jahre währenden Unterdrückung und Ausbeutung unerschrocken weiterzuführen.

2) Er erhob vier Forderungen:
a) die Übergabe der Macht an die gewählten Repräsentanten des Volkes;
b) die Aufhebung des Kriegsrechts;
c) den Rückzug der Armee in die Kasernen;
d) die Untersuchung der Massenmorde vom 2. März.
Er erklärte weiter, daß er im Falle der Erfüllung dieser vier Forderungen erwägen würde, ob er und seine Partei an der Sitzung der Nationalversammlung vom 25. März teilnehmen werden.

3) Er rief zu einer Bewegung der 'friedlichen Nicht-Kooperation' mit Regierung und Armee auf, die am 8. März beginnen und bis zur Erfüllung der obigen Forderungen andauern sollte" (1, S. 8).

Dies beinhaltet, keine Steuern mehr zu zahlen. Regierungsbeamte sollen nur noch Befehle von ihm befolgen. "East Bengal Rifles" weigern sich, auf Bengali zu schießen.

8.3. Bewegung des zivilen Widerstandes beginnt.

9.3. Bengalische Richter verweigern den Schwur auf Generalleutnant Tikka Khan als Gouverneur.

14.3. Die Zentralregierung stellt den Streikenden ein Ultimatum. Yahya trifft in Dacca ein.

15.3. Mujibur kündigt eine Autonomie-Erklärung an; 35 Direktiven an die Ostbengalen.

19.3. Mujibur und Yahya beginnen Verfassungsgespräche. Bhutto trifft in Dacca ein.

22.3. Yahya verschiebt wiederum die Nationalversammlung.

25.3. Die Awami-Liga deutet an, daß Verfassungsverhandlungen nicht weiterkommen. Weitere Pogrome werden bekannt, weitere Truppen kommen in Ostbengalen an. Yahya und Bhutto fliegen nach Westpakistan zurück. Der Überfall der pakistanischen Armee beginnt.
(Quelle: 12, S. 4)

"Nach Berichten wurde Yahya von westbengalischen Generalen (fast alle Offiziere und die meisten Soldaten sind Westpakistani) dazu gedrängt, den 70 000 Mann starken Regierungstruppen, die in Bengalen stationiert sind, die Niederschlagung der Revolte zu befehlen. Um die Gefahr des Eingreifens von außen namentlich von Indien so klein als möglich zu halten, habe Yahya seinem Gebietskommandeur, Tikka Khan, nur 48 Stunden 'zur Erledigung dieses Jobs' gegeben - wird erzählt. Der Blitzkrieg der Armee begann am 25. März spät abends.

Die Pakistanischen Generale haben anscheinend bestimmte bengalische Gruppen zur Massenliquidation ausgesucht. Ganz oben auf der Liste standen die Führer der Awami-Liga, ostbengalische Funktionäre und Studenten wie Professoren der Universitäten. In der Universität Dacca wurden an die 500 Studenten bei einem mitternächtlichen Panzerangriff ermordet. 'Vor den Universitätsgebäuden war ein frisches Massengrab', meldete am 2. April die Times of London, 'im Inneren der Universität floß aus jedem Zimmer Blut.'

Nicht besser behandelten Pakistanische Truppen den Mann auf der Straße oder seine Frau und seine Kinder.

Mörser, Panzer und Maschinengewehre wurden in den Großstädten und größeren Orten eingesetzt. Als Flüchtlinge ihre Städte verließen und aufs Land flohen, setzte die pakistanische Luftwaffe Bomben, Napalm und Bordwaffen ein. Mit jedem, der bengalische Kleidung trug, wurde kurzer Prozeß gemacht.

Die Städte wurden wahrscheinlich am härtesten getroffen. 'In der Stadt war ein schreckliches Massaker', so beschrieb ein geflüchteter britischer Ingenieur die Situation in der Hafenstadt Chittagong. 'Wenn die Männer mit den Gewehren auf der Straße niemanden finden konnten, warfen sie Granaten durch die Fenster der Häuser.'

In Dacca wurden von den Truppen nicht nur politische Führer und Studenten ausgesucht, sondern auch Polizisten und Feuerwehrmänner. Sajahan Seray, ein Studentenführer, der zu Fuß nach Calcutta entkommen konnte, hat berichtet, wie Polizisten in einer Reihe an die Wand gestellt und erschossen wurden.

Feuerwehrleute erfuhren eine ähnliche Behandlung, anscheinend, um freie Bahn für den 26. März zu haben, wo in der Altstadt von Dacca Läden angezündet wurden. Als die Bewohner dieses Hinduviertels versuchten, den Flammen zu entkommen, wurden sie von den Truppen mit Maschinengewehren niedergemäht, berichtete Seray. An anderen Stellen der Stadt wurden von der Armee Flammenwerfer benützt, um damit große Appartement-Komplexe mit ca. 50 000 Bewohnern in Brand zu stecken. Als diese auf die Straße stürzten, sagte Seray, 'wurden sie niedergemacht'. Als er sich den Flüchtlingsströmen anschloß, die versuchten, aus der Stadt zu entkommen, schossen pakistanische Truppen von beiden Seiten auf die Fliehenden. So wurden Tausende getötet, sagt Seray. Die ostbengalischen Städte sind jetzt verwaist.

An anderen Stellen gab es heftige Kämpfe, obwohl die bengalischen Waffen sehr primitiv waren. Gegen die 70 000 Mann der wohlausgerüsteten westpakistanischen Armee standen nur 9 000 Mitglieder der East Pakistan Rifles, einer Art Grenzschutz, deren Ausrüstung lediglich zur Abschreckung harmloser Schmuggler geeignet ist. Dazu kamen noch die Reste des 3 000 Mann starken ostbengalischen Regiments. Dort hatten die Unabhängigkeitsmeldung von Radio Bangla Desh Feuergefechte zwischen ostpakistanischen Truppen und ihren westpakistanischen Offizieren provoziert. Aber die Masse der Bevölkerung beantwortete den Ruf nach einem befreiten Bengalen, indem sie auf die Straßen ging und ausgerüstet mit zugespitzten Stöcken, Pfeil und Bogen Flugplätze und Militärstationen umstellte.

Berichte aus Calcutta - in dem benachbarten westbengalischen Staate Indiens - besagten, daß Hunderte von Ostbengalen über die indische Grenze gekommen seien, um Waffen zu erbitten.

Trotz aller unzulänglichen Vorbereitungen kämpften die Bengalen hart. Die indische Presseagentur PTI berichtete, daß reguläre pakistanische Truppen in der City von Jessore 1 500 Bengalis mit Maschinengewehren niedermähten - 'viele nur bekleidet mit Sarongs und Unterhemden' - als sie versuchten, mit Speeren, Knüppeln, Äxten und Dolchen bewaffnet, den Flugplatz einzunehmen. Bei einer Beschreibung der Operationen im Kushtia-Distrikt, der im Norden von Jessore liegt, schilderte ein Führer der Awami-Liga der Times of London, wie ein 300 Mann starker Trupp der pakistanischen Armee einheimische politische Führer zusammentrieb. Dabei wurde er von 30 000 Bengalen umstellt, die mit Stöcken und Steinen bewaffnet waren. Die Pakistanis setzten ihre Kanonen und Mörser gegen das Volk ein, doch als ihnen nach 28 Stunden die Munition ausging, wurden sie zu Tode geprügelt.

Da es den Westpakistanis an Flugzeugen, Panzern und Lastwagen fehlt, kontrollieren die ostbengalischen irregulären Truppen (geschätzt auf ca. 50 000 Mann) die ländlichen Gegenden und überlassen die weitgehend entvölkerten Städte und Häfen den Truppen der Zentralregierung. Und während die ostbengalischen Verluste außerordentlich hoch waren, wurden doch 3 000 Mann der westpakistanischen Truppen (PTI) getötet und eine unbekannte Anzahl festgenommen - das sind schwere Verluste für eine Armee, die einem unbewaffneten Volk gegenübersteht. Inzwischen hat Yahya seine Truppen in Ostbengalen mit zusätzlichen 10 000 Mann verstärkt, sowie mit einer geheim gehaltenen Anzahl von Kampfflugzeugen."
(Quelle: 6, S. 5-7)

Fußnote (1):

Darüber hinaus existieren noch andere Gruppen wie eine moskau-hörige kommunistische Partei. Ihre Analysen mit denjenigen der maoistischen Gruppen zu vergleichen, wäre sehr interessant. Dies geht allerdings über den Rahmen des hier geplanten hinaus. Es kann nur generell darauf hingewiesen werden, daß im "Brief des ZK der kommunistischen Partei Ostpakistans (Bangla Desh) an die kommunistischen

[illegible]" (abgedruckt in: 1, S. 3-11) im Gegensatz etwa zu einer vergleichbaren Stellungnahme der Kommunistischen Partei Indiens (ML) (abgedruckt in: 11, S. 38-52; 8, S. 11-15) ausgesprochen dürftige Angaben über die Klassenstruktur Ost-Pakistans zu finden sind. Die Awami-Liga wird als die progressive Kraft eingeschätzt.

Quellenverweis

1. Antiimperialistisches Informationsbulletin Marburg, Nr. 8, August 71
2. dass., Nr. 1, Januar 72
3. Arbeiterstimme Nürnberg, Nr. 1, 25.2.72
4. [illegible]
5. [illegible] Hamburg, 6/71
6. ESG-Nachrichten Stuttgart, Nr. [illegible], 15.12.71
7. Fischer Weltgeschichte, Nr. 33, Das moderne Asien, Kap. 10
8. Kampf, Kritik, Umgestaltung Frankfurt a.M., Nr. 4, 28.11.71
9. Kommunistische Hochschulzeitung Heidelberg, 9/71
10. KUESTER, C.S.; RAO, S.M.: "Militärische Dynamik als Ausweg aus der ökonomischen Stagnation?", in: basis (Freiburger Studentenzeitung), 1/72, pp. 10-15
11. Neues Rotes Forum Heidelberg, 6/71
12. Pogrom Hamburg, 11/71
13. Der Spiegel 18/72

pe

Tagungen

Untenstehend veröffentlichen wir die Ankündigung zu drei in den nächsten Wochen anstehenden Seminaren. Ein Überblick ähnlicher Art soll von nun an in jeder Ausgabe der "blätter" erscheinen; damit er so umfassend wie möglich wird, fordern wir alle Gruppen auf, uns rechtzeitig und detailliert von geplanten Tagungen in Kenntnis zu setzen (mit Angaben über Kosten, Programm, Referenten usw.). Auf diese Weise soll ein größerer Kreis von Interessenten die Möglichkeit erhalten, sich über bevorstehende Aktivitäten zu informieren. Vielleicht kann längerfristig sogar eine wechselseitige Abstimmung in der Planung der einzelnen Gruppen erreicht werden.

1) 2.-4.6.
   Evangelische Akademie Loccum:
   Europa - südl. Afrika
   (Portugal-Tribunal)

2) 19.-24.6.
   KDSE
   Berlin:
   China und Indien - zwei Entwicklungswege

3) 7.-9.7.
   KDSE
   Vlotho:
   Dritte Welt im Unterricht
   (Fortsetzung der Dezember-Tagung zum gleichen Thema)

Teilnehmerbeitrag (Nr. 1? und 3) DM 30,--, (Nr. 2) DM 50,--. [illegible] karte 2.Kl. wird erstattet.

Anmeldungen an:
[illegible]
53 Bonn, [illegible]

Eduardo de Sousa Ferreira

Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa

mit einem Vorwort von Basil Davidson, London - ca. 220 Seiten

Aus dem Inhalt:

Die Rolle der Kolonien in der portugiesischen Wirtschaft - Die Entwicklung der portugiesischen Wirtschaft und das internationale Kapital in Portugal und den Kolonien - Namibia und das Cunene-Projekt in Angola - Die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien - Die Hintergründe der Ereignisse in der Republik Guinea - Die Revision der portugiesischen Verfassung und die Kolonialfrage - Der "Dialog" oder: Südafrika als Nebenmetropole.

Im Juni 1970 wurde auf der in Rom stattfindenden Internationalen Konferenz zur Unterstützung der Völker der portugiesischen Kolonien ein bedenklicher Mangel an Informationen und Analysen über den portugiesischen Kolonialismus und seine Implikationen festgestellt. Es wurde dazu aufgefordert, durch publizistische Arbeit zum Abbau der "Mauer des Schweigens" um die Situation im südlichen Afrika beizutragen.
Die hier vorgelegten Aufsätze des Portugiesen Eduardo de Sousa Ferreira kommen dieser Aufforderung nach; sie wurden in den Jahren 1970 und 1971 geschrieben und in westdeutschen Zeitschriften veröffentlicht. Da die meisten dieser Zeitschriften inzwischen vergriffen oder nur noch schwer zu bekommen sind, ließ es sich rechtfertigen, die wichtigsten Aufsätze zu sammeln und in Buchform nochmals zu veröffentlichen. Sie wurden zu diesem Zweck vom Autor nochmals überarbeitet und insbesondere die Wirtschaftsdaten auf den neuesten Stand gebracht.

Basil Davidson über das Buch und seinen Autor:

"Was er - als Ergebnis seiner wissenschaftlichen Ausbildung und langjährigen Forschungsarbeit - zu sagen hat, ist wichtig für die Portugiesen, nicht minder wichtig aber auch für uns andere Europäer. Seine Aufsätze dringen tief in die Krankheit Portugals ein, die auch, und in nicht geringem Ausmaß, unsere Krankheit ist. Niemand, der das heutige Europa verstehen will, kann es sich leisten, die Informationen, die in diesem Buch so klar vorgebracht werden, zu ignorieren.
Die vorliegenden Aufsätze sind noch in anderer Hinsicht von Wert: Sie gehen ausführlich auf die Beziehungen zwischen Europa und Afrika ein und damit, im größeren Zusammenhang, auch auf die Beziehungen zwischen Europa und der gesamten "Dritten Welt". Sie zeigen, daß der portugiesische Imperialismus - der einen der schwerwiegendsten Faktoren der Krankheit Portugals darstellt - ebenso internationaler Imperialismus ist. Sie weisen auf einen Prozeß hin, in dem alte Methoden des Imperialismus durch neue ersetzt werden, subtiler als die alten und doch weit gefährlicher. Und die Stärke dieser Aufsätze liegt darin, daß sie nicht dogmatisieren: sie bringen Fakten. Es ist nötig, daß wir diese Fakten kennen."